

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 181 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 3/2010 VOM 26. FEBRUAR 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

- 3 | **Nach Nazi benannte Firma will Buße tun**
Gedenktafel bei Ardelt
- 6 | **Auch Ihrke sollte auf eine Kandidatur verzichten**
Wahlverlierer sollten in sich gehen
- 9 | **Verantwortung und Ethik in der Politik**
Sozialwesen und Freiheitswille

Hartz(is) – ab an die Schneeschieber!

Das meteorologische Tief Daisy leitete Anfang des Jahres einen lang andauernden Winter mit Schneemassen ein, den es seit dem berühmt berüchtigten Winter von 1978/1979 nicht mehr gegeben hat. In Eberswalde zeigte sich ziemlich schnell, wie übrigens im gesamten Bundesgebiet, daß man auf diesen Extremwinter und den vielen Schnee nicht vorbereitet war.

Im Katastrophenwinter 1978/1979 waren im Osten der jetzigen Bundesrepublik, also der damaligen DDR, immerhin noch die Nationale Volksarmee (NVA), die Rote Armee der damaligen Sowjetunion, die Zivilverteidigung und die Großbetriebe vorhanden, die den Kommunen personelle und technische Unterstützung bei der Bewältigung der Schneemassen gaben. Auch gut funktionierende Hausgemeinschaften leisteten ihren Beitrag, indem sie die Dinge – also den Schneeschieber – selber in die Hände nahmen.

Bekanntlich sind die erwähnten Institutionen und Großbetriebe historisch abgewickelt. Die Bundeswehr konnte nicht – wie noch in den 90er Jahren zum Oderhochwasser, das damals zur Imagepflege des Militärs wie gerufen kam – als »Retter in der Not« herhalten. Bekanntermaßen sind derzeit wichtige Aufgaben am Hindukusch zu erfüllen.

In den Eberswalder Ortsteilen war sehr schnell erkennbar, daß der mittlerweile personell stark reduzierte Bauhof der Stadt und die beauftragten privaten Winterdienste der Wohnungsunternehmen an Kapazitätsgrenzen stießen. Von der fehlenden Gesamtkoordination zur zeitnahen Schneeberäumung ganz zu schweigen. Schnee und Glätte auf den Gehwegen und Straßen sowie nicht beräumte Parkplätze führten zu verständlichem Frust bei Behinderten, SeniorInnen, Berufspendlern aber auch bei Kinderwagen schiebende Mütter und Väter.

Es dauerte nicht lange, bis sich die Volksseele massiv erzürnte.

Schnell wurde bei manchen der Schrei sehr laut, Hartz(is) an der Schneefront in Eberswalde einzusetzen. Dieser Schrei nach einem »Nützlichkeitsrassismus« ging breit durch die gesellschaftlichen Schichten, sogar bis in konservative Teile der Partei DIE LINKE.

Die Verwaltungsspitze des Eberswalder Rathauses, die sich bekanntlich durch große Bürgernähe auszeichnet, reagierte prompt auf Volkes Stimme. Der smarte, mit sächsischem Charme und preußischer Schlitzohrigkeit ausgestattete Verwaltungsdezernent Belay Gatzlaff – der Mann für alle (un)angenehmen Fälle im Eberswalder Rathaus – leitete die Operation »Schneeschieber« ein, mit der Zielstellung, aus dem großen Heer der städtischen Leibeigenen im Ein-Euro-Arbeitsdienst entsprechendes Personal zu rekrutieren, um damit die Volksseele schnell zu befriedigen. Das Job-Center Barnim machte aber seinem volksverbundenen Anliegen leider sehr bald den Garaus. Die dortigen Technokraten machten darauf aufmerksam, daß Winterdienste pflichtige Aufgaben der öffentlichen Verwaltungen sind. Daher läßt es das Gesetz (SGB II) nicht zu, diese Aufgaben durch Ein-Euro-JobberInnen (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) erledigen zu lassen. Eine Hintertür ließ das Job-Center aber offen. Es würde die Möglichkeit bestehen, daß Personen, die sich gerade in Maßnahmen des städtischen »leibeigenen Ein-Euro-Arbeitsdienstes« befinden, diese Tätigkeit freiwillig unterbrechen, um für eine geringfügige Vergütung (Minijob) als zeitweilige Beschäftigte der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stehen. Das aber ließ der sonst als sehr arbeitgeberfreundliche geltende Personalrat nicht zu. Auch im Zusammenhang mit dem noch in Anwendung befindlichen Tarifvertrag soziale Absicherung (Haustarifvertrag) und dem laufenden Procedere der einzelvertraglichen Lösungen. Letztere kommen ab 1. August 2010 in der Stadtverwaltung zur Anwendung, um den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst (TvÖD) zu umgehen bzw. zu unterlaufen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Stadtverwaltung ernsthafte Konsequenzen aus der desolaten Wintersaison 2009/2010 zieht – auch gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen sowie den privaten Haus- und Grundstückseigentümern, um künftig für ähnliche Winter insbesondere bei der Gesamtkoordination besser aufgestellt zu sein. Aus dem großen Heer der Erwerbslosen sollte rechtzeitig geeignetes Personal auf freiwilliger Basis rekrutiert werden, die befristet im 1. Arbeitsmarkt von relevanten Unternehmen zu existenzsichernden Löhnen eingestellt werden, um im Interesse der Bevölkerung ähnliche Sonderzustände künftig besser zu lösen als es in diesem Jahr der Fall war. Erwerbslosen- und Sozialrassismus á la Westerwelle insbesondere gegenüber Hartz IV-LeistungsbezieherInnen ist in der Sache wenig hilfreich und schließt auch Gegenreaktionen bei den Betroffenen nicht aus.

Abschließend ist zu konstatieren, daß »General Winter«, der als einer der vier Hauptfeinde des real existierenden Sozialismus schon damals seine Überlegenheit bewiesen hatte, aktuell auch im derzeitigen faulenden und parasitären Kapitalismus seine Stärke eindrucksvoll demonstrieren konnte.

Bild unter:

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/72/Bundesarchiv_B_145_Bild-P022085,_Reichsarbeitsdienst,_Appell.jpg

Abteilung 3, Gruppe 90 im Lager des Reichsarbeitsdienstes (RAD) in der Schorfheide am Werbellinsee des Arbeitsgaus IX Brandenburg, 1936.

Das Trauerspiel von Afghanistan

*Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
»Wer da!« - »Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.«*

*Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.*

*Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:*

*»Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.*

*Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.«*

*Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',
Sir Robert sprach: »Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.*

*Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So lasst sie's hören, daß wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!«*

*Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.*

*Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen - es kam die zweite Nacht,
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.*

*»Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.«*

THEODOR FONTANE (1859)

Die Ballade beschreibt eine Episode aus dem ersten anglo-afghanischen Krieg (1838 bis 1842). Im Winter 1841/42 versuchten englische Truppen, die mit Frauen und Kindern vor einem Aufstand in Kabul flohen, den Rückzug über den Khyberpaß (heute an der pakistanischen Grenze), wo sie nahezu völlig aufgegeben wurden. 1842 kehrten die Engländer zurück, brannten Kabul ab und erzwangen einen Schutzvertrag. Heute »entschuldigt« sich die NATO, wenn sie Zivilisten »mit Taliban verwechselt«.

Haben die Narren den Rathauschlüssel noch?

Eberswalde (bbp). Zur Absicht des Eberswalder Bürgermeisters Friedhelm Boginski, alle Stadtverordneten zu einem »Stadtverordnetenforum« zum Thema Aufgabenkritik einzuladen, fragte der Stadtverordnete Albrecht Triller (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde), welchen kommunalrechtlichen Status diese Veranstaltung habe und ob diese öffentlich sei. Nach seiner Auffassung dürften die Bürgerinnen und Bürger vom Meinungsbildungsprozeß der Abgeordneten nicht ausgeschlossen werden.

In seinem Antwortbrief vom 16. Februar erklärte Boginski, daß nicht jede Zusammenkunft der Stadtverordneten öffentlich sein müsse. »Schon allein mangels Praktikabilität«, schreibt der Bürgermeister, »kann ich Ihrer Auf-

fassung nicht folgen, daß Bürger jede einzelne Phase der politischen Meinungs- und Willensbildung der Stadtverordneten nachvollziehen können müssen. Stadtverordnete müssten dann auch die Nutzung der Medien (gleichgültig, ob Funk, Fernsehen, Presse oder Internet) oder ihre Teilnahme an Fortbildungsseminaren öffentlich machen. Denn zweifellos findet hier in ausgeprägtem Maße politische Meinungs- und Willensbildung statt. Mir ist nicht bekannt, daß Ihre Fraktion die Bürger der Stadt Eberswalde täglich zur gemeinsamen öffentlichen Mediennutzung eingeladen hätte, damit die politische Meinungs- und Willensbildung von Bürgern nachvollzogen werden kann. Dies entspräche wohl auch nicht mehr demokratischer Kontrolle, sondern eher schlichter Überwachung.«

Besuch im Anti-Kriegs-Museum

Zu einer Fahrt ins Anti-Kriegs-Museum in Berlin Wedding am Sonnabend, 13. März, von 14 bis 19 Uhr sind Jugendliche ab 14 Jahren eingeladen.

Krieg war und ist nicht nur »weit weg« in der Geschichte und in fernen Ländern. Darum laden wir euch zu keiner virtuellen sondern sehr realen Fahrt in das Anti-Kriegs-Museum in Berlin Wedding ein. Wir werden dort vom Enkel des Museumsgründers geführt und können einen mit vielen Originalteilen ausgestatteten Luftschutzkeller aus dem 2. Weltkrieg besichtigen, der die beklemmende Atmosphäre durchwachter Bombennächte wiedergibt.

Die hitzige Debatte um die Rechtmäßigkeit von Krieg, speziell um die Einsätze der Bundeswehr, zeigt, daß hier ein Nerv unserer Gesellschaft berührt ist. Es geht dabei um unsere Zukunft und um »Glaubens- und Gewissensfragen«: Kann bzw. will ich Soldat/in werden oder nicht? Kann militärische Gewalt Frieden (Freiheit, Demokratie, Menschenrechte) schaffen oder nicht? Gewissen kommt von Wissen. Zur Meinungs- und Gewissensbildung organisieren wir vom Kreisjugendkonvent der evangelischen Jugend Barnim diesen Besuch.

*»Deutschland ist eine Republik - dachte ich.
Deutschland will den Frieden - dachte ich.
In einer Republik des Friedens muß es doch
auch ein Friedens-Museum geben - dachte ich.
Da aber die pazifistische Republik kein
Geld für ein solches Friedenswerk hatte
(ein Panzerkreuzer war nötiger und teurer),
kam ich auf den dummen Gedanken,
ein 'Anti-Kriegs-Museum' zu errichten:
im Mittelpunkt Deutschlands,
im Herzen Preußens, im Zentrum
Berlins (Fünf Minuten vom Polizeipräsidium).«*

aus: Ernst Friedrich »Vom Friedensmuseum zur Hitlerkaserne«, St. Gallen 1935

Außer für die Fahrt entstehen den Teilnehmenden keine Kosten. Start ist in Bernau am Jungendtreff Offene Hütte, Am Kirchplatz 10. Dort gibt es ab jetzt die Einladungen, die auch bestellt werden können unter: kjw-bernaue@web.de

DIETER GADISCHKE

Liberaler Stammtisch

»Afghanistan - Gedanken zur (exit) Strategie«

Gäste: Klaas Hinners (Major d. R.) und Hellmut Königshaus MdB

5. März um 19 Uhr

Hotel Palmenhof, Friedrich-Ebert-Straße 17, 16225 Eberswalde.

Die FDP stellt unter anderem den Außenminister, Dr. Guido Westerwelle, wie auch den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel. In diesen Tagen wurde die Lage am Hindukusch von der Bundesregierung neu bewertet, als »bewaffneter Konflikt«. Was ist da los?

Zu den Gästen:

Klaas Hinners war 2005 und 2006 als privater Contractor für ISAF in Afghanistan tätig und hat seine ganz eigenen Ansichten zum Bundeswehreinsatz.

Hellmut Königshaus ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Leiter der FDP-AG »Afghanistan«. Er ist Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses und war zuletzt im Dezember im Bundeswehr-Camp.

STEPHAN FISCHER

Nazifirma will Buße tun

Am 21. April soll am »Ardelt«-Haupteingang eine Gedenktafel enthüllt werden

Eberswalde (bbp). Vor zwei Jahren hatten die Gesellschafter des Kranbau Eberswalde den Beschluß gefaßt, das 1948 gegründete Unternehmen nach den Nazis und Kriegsverbrechern Ardelts zu benennen (BBP 6/2008). Der Unternehmerfamilie Ardelts hatte bis 1945 den Vorgängerbetrieb des Kranbau Eberswalde in ihrem Besitz. Während der beiden Weltkriege gehörte die Firma Ardelts zu den größten Rüstungsproduzenten Deutschlands. Für die »gute Auftragslage« im zweiten Weltkrieg hatten die Ardelt's gesorgt, indem sie sich schon vor 1933 aktiv bei der NSDAP engagierten. Im zweiten Weltkrieg mußten neben zivilen Zwangsarbeitern aus ganz Europa auch Häftlinge des Frauen-KZ Ravensbrück unter barbarischen Bedingungen für den Profit der Ardelt's schufteten. In unmittelbarer Nachbarschaft des Betriebsgeländes wurde 1944 ein Außenlager des KZ Ravensbrück eingerichtet, in dem bis zu 1000 Frauen und Mädchen eingesperrt waren. Im Jahr 1945 wurden die Ardelts-Werke als Waffenschmiede der Nazis auf Beschluß der alliierten Siegermächte aufgelöst und in den Jahren 1945/46 fast vollständig demontiert.

Proteste gegen die Hofierung von Nazis und Kriegsverbrechern wurden von der Konzernspitze um Ludwig Koehne und Heinz Lindecke einschließlich des Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus von Dohnanyi ignoriert. Seit dem 1. Juli 2008 prangt der Nazi-Name auf dem Firmenlogo. Allerdings hatten die Proteste dennoch Wirkung. Von den engen Verknüpfungen der Ardelt's in die faschistische Rüstungswirtschaft und der massenhaften Nutzung von Zwangsar-

beitern, einschließlich KZ-Häftlingen, zeigten sich die Vorstände überrascht. In Gesprächen mit der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig erklärten sie sich bereit, zumindest die Forschungsarbeit zur Aufklärung der Verbrechen während der Nazizeit zu unterstützen. Geplant war eine Wanderausstellung mit etwa zehn Schautafeln, die gemeinsam mit Eberswalder Schülerinnen und Schülern erarbeitet werden sollten (BBP 8/2008). Auch an eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeit bei Ardelts war gedacht.

Nachdem lange Zeit von einer Umsetzung dieser Pläne nichts zu hören war, meldete sich jetzt Jürgen Kühn, Marketingdirektor des Konzerns Kranunion, zu dem die Kirow Ardelts AG gehört, zu Wort. Auf Nachfrage von Margitta Mächtig teilte er zunächst mit, daß »im vergangenen Jahr die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch an unserer Unternehmensgruppe nicht spurlos vorüber« gegangen seien. »Geplante Projekte, wie auch die Gedenktafel, gerieten in den Hintergrund, aber nicht in Vergessenheit.« Kühn informierte die Landtagsabgeordnete, daß bis zum 16. April 2010 eine Gedenktafel am Haupteingang des Eberswalder Betriebs angebracht werde. »Die feierliche Enthüllung der Tafel soll am 21.04.2010 im Rahmen des Besuchs der Überlebenden des KZ Ravensbrück bei Ardelts, erfolgen.«

Die ehemaligen KZ-Häftlinge werden anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung des KZ Ravensbrück auf Einladung des Geschichtswissenschaftlichen Instituts (GWI) Eberswalde vom 19. bis 24. April Eberswalde besuchen.

Fragen zur Straßenreinigungssatzung

Eberswalde (bbp). Im Dezember 2009 haben die Eberswalder Stadtverordneten eine überarbeitete und aktualisierte Straßenreinigungssatzung beschlossen. Bereits nach einem Monat meldete die Fraktion Bündnis 90/Grüne ersten Fragebedarf an, den sie in der Februarsitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt vorbrachten. Probleme gibt es nach Auffassung der Bündnisgrünen im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung. So sei bei Stellplätzen, die monetär bewirtschaftet werden, zu beobachten, daß sehr häufig auf die sogenannte »Brötchentaste« (20 Minuten frei) zurückgegriffen wird. Ebenso würden die Bereiche, in denen zwei Stunden gebührenfrei geparkt werden darf, stark nachgefragt. Dadurch herrsche in diesen Bereichen ein ständiges Kommen und Gehen. Weiterhin nutzen die Inhaber von Vignetten diese Stellflächen, so daß diese in der Regel immer belegt sind. Nach § 8 (1) der Straßenreinigungssatzung gehören Parkbuchten zu den reinigungspflichtigen Flächen. »In diesem Zusammenhang wäre dringend zu klären«, heißt es in der Anfrage, »ob die hohe Auslastung

der Parkbuchten (das gilt ebenso für das Parken am Straßenrand laut Parkordnung) Auswirkungen auf die Reinigungspflicht hat, da deren Umsetzung in der Praxis häufig gar nicht möglich ist.«

Desweiteren seien laut § 8 (2) Grundstückseigentümer verpflichtet, die Reinigung der gesamten Straße zu übernehmen, wenn die Straße nur einseitig bebaubar ist. Das trifft in der Innenstadt beispielsweise auf den Karl-Marx-Platz (Haus 1-11) zu. Auch hier treten die beschriebenen Konflikte mit dem Parken auf. »Ist es tatsächlich gewollt, daß die Grundstückseigentümer für die Reinigung der gesamten Straßenbreite einschließlich Parkflächen zuständig sind und die Stadt gleichzeitig Parkgebühren für diese Flächen kassiert?« In weiteren Fragen geht es darum, ob die Grundstückseigentümer die Reinigung »auf eigene Gefahr« durchführen und warum der Einsatz von Streusalz laut § 13 nur für Gehwege eindeutig ausgeschlossen wurde. Die Fraktion regt an, in der Satzung eine Klarstellung einzufügen. »Zwischen Gehweg und Fahrbahn sollte in diesem Zusammenhang nicht unterschieden werden.«

Nazis harmloser als Stasi

Eberswalde (bbp). Die Gleichsetzung von DDR und Naziregime gehört seit Jahr und Tag zum gängigen Tableau bei der »Aufarbeitung der DDR«. Einige Kreistagsabgeordnete nutzten die Diskussion zur Beschlußvorlage SPD/CDU/FDP-2/10 »Überprüfung der Abgeordneten des Kreistages Barnim auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR«, um dem noch eins aufzusetzen.

Der Abgeordnete der LINKEN Volker Passoke hatte die mehrjährige Mitgliedschaft des heutigen FDP-Stadtverordneten Martin Hoeck in der Neonazipartei DVU angesprochen. Dessen »Irrtum« werde allgemein anerkannt. Gleiches forderte Passoke auch hinsichtlich der »Irrtümer« ehemaliger IM des Ministeriums für Staatssicherheit. Die FDP-Abgeordnete Barbara Ehm erklärte daraufhin, solch ein Vergleich sei eine »Verharmlosung ohnegleichen« – allerdings kritisierte sie nicht die mit solchem Vergleich verbundene Verharmlosung von Neonazis. Ehm hält vielmehr Nazis für »harmloser« als Stasimitarbeiter.

Beistand erhielt Ehm vom Kreistags-Rechtsaußen Péter Vida (BVB/50Plus). Vida hatte mit Hoeck während dessen DVU-Zeit in einer »christlichen Studentenvereinigung« zusammengearbeitet, berichtete die lokale Tageszeitung. Nach Informationen von Studenten der Freien Universität war Vida damals Burschenschaftler in der »katholischen Studentenvereinigung Askania-Burgundia«. Zu einer Zeit, als Martin Hoeck längst seine DVU-Phase öffentlich als Irrtum eingestanden hatte, betätigte sich Vida im Juni 2008 noch als Artikelschreiber für die Neonazi-Zeitung »Junge Freiheit«.

Sandow nicht mehr in NPD

Biesenthal (recherche team). Der örtliche NPD-Funktionär Mike Sandow ist aus seiner Partei ausgetreten. Damit verliert die NPD ihren Sitz in der Biesenthaler Stadtverordnetenversammlung und einen Sitz im Barnimer Kreistag. Unklar sind bisher die Gründe für den Parteiaustritt. Will sich Mike Sandow aus der rechtsextremen Szene lösen oder tritt er einfach einer anderen Organisation bei oder ist es nur ein taktisches Manöver? Offen bleibt auch, was nun mit dem Gelände am Erich-Mühsam-Weg wird. Mike Sandow ist der Geschäftsführer der Devasta-GmbH der dieses Grundstück gehört. Darf die NPD dort weiterhin ein Materiallager betreiben? Wird das Grundstück weiterhin für Veranstaltungen der Naziszene offen stehen? Oder ist es mit dem Nazispuk in Biesenthal damit vorbei?

Im Januar hatte die StVV Biesenthal eine Änderung im Flächennutzungsplan beschlossen, wonach die Fläche am Erich-Mühsam-Weg künftig als »Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft« dienen soll. Die Möglichkeiten für Bau- und Umbaumaßnahmen auf dem Gelände sind damit erheblich eingeschränkt.

Bildung, Kitas und gespaltenes Bewußtsein

Zur Arbeit der Kreistagsausschüsse für Bildung und Jugendhilfe

Beiden Gremien lag im Februar der erste Bericht über den Stand der »Bildungsinitiative Barnim« (»Lernen vor Ort«) vor, ein mit Bundesmitteln gefördertes Projekt, das im Mai und Oktober mit zwei Auftaktveranstaltungen begann (siehe BBP 6/2009). An dem Vorhaben nehmen brandenburgweit zwei Landkreise teil.

Die hochgesteckten Ziele, u.a. Sicherung von Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen und Ausbildungsplätzen für alle Kinder, Senkung des Anteils an Verhaltensauffälligen, enge Abstimmung von Eltern, Kita, Schule/Hochschule vor allem zugunsten verbesserter Bildungsübergänge (Einschulung – Berufsbildung – Studium), Förderung der Aus- und Weiterbildung in Übereinstimmung mit dem Bedarf, nachholende Bildungsabschlüsse für junge Eltern, sollen über 10 »Kernprojekte« erreicht werden.

Nutzung neuer Medien: Mit der Einführung von Laptops, »digitalen Schultaschen«, interaktiven (elektronischen) Schultafeln wurde begonnen. Die Vorliebe der Barnimer Projektdesigner für solche Hardware birgt aber die Gefahr, daß die solide Beherrschung der elementaren Kulturtechniken – Lesen, Schreiben, Rechnen – zu kurz kommt. Hardware ist noch nie das Schlüsselproblem von Bildung gewesen.

Begonnen wurde auch mit der weiteren Qualifizierung des (Kita)-Erzieher-Bereichs und der engeren Vernetzung Kita – Schule und Oberschule – Jugendhilfe. Alle übrigen Projekte werden »vorbereitet«.

Die »Stabstelle Bildung« des Kreises ist inzwischen mit 6 Fachleuten besetzt, die für »Bildungsmanagement«, Verwaltung, »Bildungsmonitoring« (also Datensammlung), Bildungsübergänge und -beratung zuständig sind. Die »Hauptlinge« sind also im Amt, nur hat sich leider die Zahl der »Indianer« in den Bildungseinrichtungen nicht vermehrt. Hier liegt aber ein wichtiger Engpaß im Bildungssystem.

Ach ja, für ein Logo (corporate design) und das Layout von Veröffentlichungen ist gesorgt. Im Mittelpunkt steht der Mensch (hier: das Kind)? Oder etwa eher das Image-Bedürfnis der Verwaltung?

Als Bestandteil der »Bildungsinitiative« beschloß der Jugendhilfeausschuß am 10. Februar

einen Kriterienkatalog zur Bewertung von Kitas. Gedacht ist an eine interne Evaluation durch die einzelnen Kitas selbst, und nach einer Erprobungsphase ab 2012 auch an externe Evaluationen. Autoren: zwei erfahrene Kitaleiterinnen in Zusammenarbeit mit einer freien Mitarbeiterin des Pädagogikbereichs der FU Berlin. Auch die Träger der Einrichtungen wurden hinzugezogen. Es kennzeichnet aber die Situation im Land, daß ein so nützlich Vorhaben nicht für Brandenburg, sondern für einen einzelnen Landkreis angegangen wird.

Der Katalog versucht in 9 Themenkomplexen alles Wesentliche an der Tätigkeit der Kitas zu erfassen: die »Visitenkarte« (Erscheinungsbild, Besucherorientierung), Konzeption und Ziele der pädagogischen Arbeit, ihre Umsetzung im Tagesablauf, Räume und Materialausstattung, Qualifizierung der ErzieherInnen, Zusammenarbeit mit Eltern und Grundschule. Herausgekommen ist ein monumentales Werk von 110 Fragen, die nach Punkteskalen »verrechnet« werden sollen. Für die interne Selbsteurteilung der Kitas sicher sehr wertvoll, für die spätere externe Bewertung wohl eher schwer handhabbar. Einzelne, kaum objektiv beantwortbare Fragen scheinen entbehrlich. Über Personalaufwand und Kosten einer Bewertung der rund 100 Barnimer Kitas nach diesem Muster konnte die Verwaltung nichts mitteilen.

Als wesentlicher Mangel erscheint mir, daß Aussagen über das soziale Umfeld der Kitas bzw. die soziale Zusammensetzung ihrer Klientel nicht vorgesehen sind. Damit bleibt der versuchte Vergleich der Kitas abstrakt, ihre unterschiedlichen Ausgangsbedingungen interessieren nicht. Der gleiche Ausschuß, der gemeinsam mit dem Sozialausschuß von der Verwaltung einen Lebenslagenbericht für den Barnim fordert, lehnte den Antrag ab, den Katalog um solche Aussagen zu ergänzen. Und die beiden



Vertreterinnen der LINKE-Fraktion, die den Anstoß für den Lebenslagenbericht gab, stimmten – gegen den Änderungsantrag.

In gleicher Sitzung beschloß der Jugendhilfeausschuß, angepaßt an neue Rechtsvorschriften, eine neue Pflegegeldrichtlinie. Darin werden die Geldleistungen für Pflegekind und -eltern leicht angehoben. So beträgt jetzt das Erziehungsgeld (Aufwandspauschale) der Eltern 220 Euro (bisher 184 Euro), der Unterhalt für das Kind 426 (Alter 0-7), 492 (7-14) bzw. 565 Euro (14-18). Dabei sind die einzelnen Leistungen zwar sicher knapp auskömmlich, aber durchaus nicht luxuriös zu nennen, wenn man etwa die Zuwendungen für Klassenfahrten (103 Euro im Jahr) und Taufe/Jugendweihe/Einsegnung (200 Euro) betrachtet.

Diese realistischen Pflegegeldaufwendungen für Kinder, die der Aufsicht des Jugendamtes unterliegen, sind ein eindringlicher Kommentar zu den Almosen, die nach SGB II für »Hartz-IV-Kinder« abfallen. Gleichheit vor dem Gesetz, Chancengleichheit für alle Kinder? Die Erkenntnis, alle Kinder, gleich welcher Herkunft, zu benötigen, vermag nichts gegen den Egoismus unserer Oberklasse, die ihre Privilegien wahr, was es (andere) auch kostet. Ein klassischer Fall von Bewußtseinspaltung.

ROLF RICHTER, Mitglied im Jugendhilfe-, Sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuß.

Eberswalde (bbp). In der Diskussion um nichtöffentliche »Stadtverordnetenforen« meldete sich jetzt Veronika Brodmann, Sachkundige Einwohnerin im Ausschuß für Kultur und Soziales sowie Vorsitzende des Kunstvereins »Die Mühle e.V.«, zu Wort. Sie stimme der vom Stadtverordneten Albrecht Triller in der Hauptausschußsitzung am 18. Februar vorgebrachten Kritik an der Nichtöffentlichkeit der »Stadtverordnetenforen« zu.

»Abgesehen davon«, schreibt Veronika Brodmann, »daß auch ich finde, daß auf die eigentliche Frage keine Antwort gegeben wurde, bin ich empört darüber, daß man schon wieder darüber nachdenkt, 10.000 Euro für ein externes Büro 'eOpinio' auszugeben, um eine große Bürgerbetei-

Kritik an Nichtöffentlichkeit

gung in der Diskussion zur Aufgabenkritik zu erlangen. Wenn eine große Bürgerbeteiligung gewollt ist, dann ist es um so unverständlicher, warum die beiden Foren an den kommenden Samstagen nichtöffentlich sind.«

Die Sachkundige Einwohnerin erinnerte daran, daß auch in der jüngsten Leitbilddiskussion ein externes Büro beauftragt worden war. Damals ruhte die Bürgerbeteiligung nach einer ersten Auftaktveranstaltung im Haus Schwärzetal und einem Forum im Bürgerzentrum über ein Jahr, »weil keine Veranstaltungen mehr durchgeführt wurden, an denen Bürger sich beteiligen

konnten. Zum Schluß wurde den Bürgern das fertige Leitbild präsentiert. Die Bürger aber, die sich wirklich einbringen wollten und auf einen Leitbildprozeß hofften, wie es üblich ist, waren enttäuscht.« Sie sei davon überzeugt, »daß die Bürger, die sich einbringen wollen, auch zu dem Stadtforum kommen würden.« Auch an den weiteren Diskussionen in den Fraktionen würden sie teilnehmen, »wenn sie interessiert und sachkundig sind und in den Medien dazu eingeladen werden würden«. Veronika Brodmann fordert die Stadtverordneten auf, daß sie ihrerseits zu dem aufgeworfenen Problem Stellung beziehen.

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde zu nichtöffentlichen »Stadtverordnetenforen«:

Demokratie braucht Einbeziehung der Bürger

In seiner Antrittsrede erklärte Bürgermeister Friedhelm Boginski: »Liebe Bürgerinnen und Bürger, im Verhältnis zu Ihnen werde ich mich um größtmögliche Bürgernähe bemühen. Sei es der Sprechtag des Bürgermeisters, öffentliche Foren u.a.m. Ich stehe zu meinem Versprechen, eine transparente Arbeit zu gewährleisten.« Es gibt durchaus positive Ansätze zur Verwirklichung dieses Vorsatzes. Nun mehren sich aber die Anzeichen, daß dies möglicherweise nur ein Lippenbekenntnis war. Konkrete Veranlassung für unsere Erklärung ist die Tatsache, daß Bürgermeister Boginski für den 27.02. und 13.3.2010 zu sogenannten Stadtverordnetenforen eingeladen hat.

Ziel der Foren ist es, mit den Stadtverordneten über die »Aufgabenkritik« zu diskutieren. Dabei sollen alle kommunalen Aufgaben und Leistungen auf den Prüfstand kommen, um Lösungen aus der Krise zu finden, die auch den Haushalt der Stadt erreicht hat. Ein Thema, daß alle politisch bewußten Bürger der Stadt brennend interessiert.

Die Verwaltung hat schon einmal Vorschläge gemacht, worüber die Abgeordneten im Rahmen der Aufgabenkritik nachdenken sollen: z.B. über die *Schließung der zwei Außenstellen des Bürgeramtes* (Finow und BV), den *Verzicht auf jegliche städtisch organisierte Veranstaltungen* wie Stadtfest, Neujahrsempfang, Kulturförderung, über die *Schließung der Bibliothek und des Museums*, eine *Bestandsreduzierung oder Schließung des Zoos*, die *flächenhafte Abschaltung der Straßenbeleuchtung* usw. (siehe Schreiben des Dezernenten Gatzlaff an den Landkreis vom 20.07.09).

Es widerspricht den vom Bürgermeister in seiner Antrittsrede erklärten Zielen, wenn Beratungen von derart grundsätzlicher Bedeutung – wie die »Aufgabenkritik« – unter Ausschluß der Bürger stattfinden. Es widerspricht auch der Kommunalverfassung, die in § 13 die Beteiligung und Unterrichtung der betroffenen Einwohner in allen wichtigen Angelegenheiten fordert und es widerspricht dem § 36 der Kommunalverfassung sowie der städtischen Hauptsatzung, wonach alle Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung öffentlich sind.

Es widerspricht aber vor allem den Erfordernissen der Demokratieentwicklung. Die Politikverdrossenheit der EinwohnerInnen wächst noch immer ständig, wovon die Wahlbeteiligung eine beredte Sprache spricht. Teilnahme der EinwohnerInnen an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen ist enttäuschend gering und zumeist einer negativen Betroffenheit geschuldet. Ziel und Aufgabe muß es sein, die EinwohnerInnen zur Teilnahme und Mitwirkung anzuregen, statt sie durch Nichtöffentlichkeit auszuschließen.

Es ist schon sehr fragwürdig, warum anstelle einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung die Veranstaltungsform eines nichtöffentlichen Forums gewählt wird. Die Einladung zu den beiden Foren erfolgte nicht durch die Vorsitzende der StVV, sondern durch den Bürgermeister.

Damit wird die Beratung mit allen Stadtverordneten zu einer Privatveranstaltung des Bürgermeisters, für die das Kommunalrecht nicht gilt. Und dies nur zu dem Zweck, die Öffentlichkeit ausschließen zu können.

Wenn Bürgermeister Boginski meint, daß es vielfältige Möglichkeiten gibt, die Bürger über die Ergebnisse der Beratungen zu informieren, und daß man diese Informationsmöglichkeiten auch nutzen werde, so sind diese doch kein Ersatz für die Möglichkeit, die Meinungsbildung der Abgeordneten in der laufenden Debatte zu verfolgen. Aber gerade darauf hat der Bürger Anspruch, zu erfahren, welche Position welcher Abgeordnete bei der Entscheidung wichtiger kommunaler Fragen bezieht, denn nur so kann Wählerkontrolle stattfinden und Bürgerbeteiligung angeregt werden.

Von besonderer Bedeutung für die Öffentlichkeit sind auch die Medien. Mit der praktizierten Verfahrensweise werden die Medien jedoch ebenfalls ausgeschlossen und an der Information der Bürger über die Beratungsinhalte gehindert.

Nicht der erste Versuch

Die Stadtverordnetenforen sind nicht der erste Versuch, Einwohner von der Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung bzw. ihrer Organe auszuschließen. Bereits 1999 und 2000 gab es Praktiken der Bürgerausgrenzung. Statt öffentlicher Stadtverordnetenversammlungen wurden nichtöffentliche »Klausurtagungen« durchgeführt. Nach einer kommunalrechtlichen Beanstandung sollten nichtöffentliche »Informationsveranstaltungen« die Bürger fernhalten. Nachdem diese bürgerfeindlichen Veranstaltungsformen überwunden schienen, tauchen sie jetzt unter neuem Namen wieder auf.

So fand am 24. Februar 2009 ein »Workshop der Stadtverordnetenversammlung« zum INSEK – Stand der Arbeiten und anstehende Aufgaben – statt. Auch dies war eine nichtöffentliche

che Beratung aller Stadtverordneten, zu der nicht die Vorsitzende sondern der Bürgermeister eingeladen hatte. Bei allen Erklärungsversuchen über die Zulässigkeit nichtöffentlicher Sitzungen aller Stadtverordneten – eine Erklärung, warum keine Bürger an der Beratung teilnehmen sollten, gibt es nicht.

Der Name »Stadtverordnetenforum« ist der jüngste Versuch des Bürgermeisters, den Ausschluß der EinwohnerInnen an Veranstaltungen der Stadtverordneten durch einen neuen Namen zu verschleiern. Es wirft ein bezeichnendes Bild auf das Demokratieverständnis des Bürgermeisters, wenn nach immer neuen Wegen gesucht wird, die Bürger außen vor zu lassen. Es stellen sich aber auch Fragen, warum die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung nicht selbst zu einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung zu diesem wichtigen Thema einlädt?

Hier könnten weitere Demokratiedefizite dargestellt werden, wie die Stadtverordnetenversammlung am 28.01.2010 ohne öffentlichen Teil, der teilweise fragwürdige Umgang mit den Einwohnerfragen und -einwendungen, die fehlende Transparenz der kommunalen Unternehmen u.a.. Der konkrete Anlaß ist uns Grund genug, zu mahnen.

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde ruft alle politischen Kräfte der Stadt Eberswalde auf, sich noch stärker für Transparenz, Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung zu engagieren, und die dazu abgegebenen Bekenntnisse der politisch Verantwortlichen täglich einzufordern.

Otto Baaz, Karl Dietrich, Ute Frey, Dr. Elvira Kirschstein, Dr. Siegbert Kusserow, Reimer Loose, Bernd Pomraenke, Rolf Richter, Hartwin Schulz, Frank Töpfer, Albrecht Triller

Gute Gründe für Bodo Ihrke

Warum Sie sich nicht wieder für den Posten des Landrates bewerben sollten

Zur Landratswahl hat sich die wahlberechtigte Bevölkerung weder für Sie noch Ihre Bewerber entschieden. Sie sollten den gleichen Schritt wie Ihre Mitbewerber tun – keine erneute Teilnahme am Auswahlverfahren.

Aus meiner Sicht gibt es eine ganze Reihe von Gründen, dies zu vermeiden. Zum ersten wären da die 10 Gründe die in Vorbereitung der Stichwahl zum 24.01.2010 durch einen Flyer verteilt wurden. Darauf möchte ich hier nicht weiter eingehen. Aus meiner Sicht gibt es noch mehr Fakten zu nennen. Die da wären:

Bürgerinteressen und Bürgermeinung interessieren Sie nicht, als da zu nennen ist

– Keine Gesprächsbereitschaft ihrerseits in Vorbereitung des Abrisses der Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel

– Ihr versuchter Wechsel zur Krankenhausesellschaft

– Weiterbeschäftigung des Umweltsünder Herrn Bester in der WITO (Wirtschaftsförderungs- und Tourismus GmbH, trotz Vergehens im NSG Buckowseeerin mit zwei weiteren Herren (dafür mußte ich mich auch noch von ihm in einem Brief beschimpfen lassen)

– Keine konsequente Position zur 380 kV-Leitung im Bereich des Landkreises.

HANS-JÜRGEN MÜLLER

»Auch Ihrke sollte auf Kandidatur verzichten«

Infolge zu geringer Wahlbeteiligung sind weder Herr Ihrke (SPD) noch Frau Mächtig (Linkspartei) zum Landrat im Barnim gewählt worden. Die beiden Kandidaten und die hinter ihnen stehenden Parteien sollten sich hüten, die Hauptursachen für dieses Ergebnis in der angeblichen Gleichgültigkeit oder Unwissenheit über die Rolle des Landrates oder gar im Winterwetter zu suchen, statt bei sich selbst. Wenn 80 % der Wahlberechtigten der Wahl fernbleiben, so ist das auch eine Wahlentscheidung und zwar gegen beide Kandidaten. Es wäre deshalb folgerichtig und konsequent, wenn auch Herr Ihrke auf eine erneute Kandidatur verzichtet, wie das Frau Mächtig tat.

Wenn die SPD-Fraktion in der örtlichen Presse die Ergebnisse der zweiten Direktwahl als »einen klaren Sieg für die Barnimer SPD« bezeichnet, so halte ich das nicht nur für grobe Schönfärberei. Das zeigt auch einen großen Realitätsverlust. Angeblich haben Ex-Landrat Ihrke und die SPD in den vergangenen 19 Jahren große Erfolge erzielt, die eine Wiederwahl rechtfertigen würden. Warum haben ihn dann 88 % der Wahlberechtigten nicht gewählt? Statt diese Tatsachen durch unangebrachte Siegesfeiern zu ersetzen, sollten von Herrn Ihrke und der SPD ehrlich und mit mehr Bescheidenheit über die wahren Ursachen des Wahlverhaltens der übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nachgedacht und Schlußfolgerungen gezogen werden.

Die Vorstände von CDU, FDP und den Grünen hatten vor der Wahl bekanntlich aufgerufen, für Herrn Ihrke als Landrat zu stimmen. Sie sollten sich kritisch die Frage stellen, warum ein großer Teil ihrer Mitglieder und Wähler diesem Aufruf nicht folgten. Offenbar hat es Landrat Ihrke und der SPD nicht geholfen, daß vor der Wahl schnell noch Herr Bockhardt als Vertreter der CDU zum ersten Beigeordneten

gewählt wurde, damit die CDU auf einen eigenen Kandidaten zu Gunsten von Herrn Ihrke verzichtet. Mit Sicherheit haben die Hinterzimmerpolitik und die vielen Kungeleien hinter den Kulissen der Öffentlichkeit im Vorfeld der Direktwahl zu solchen negativen Wirkungen bei den Wählern dieser Parteien beigetragen.

Auch die Linkspartei muß sich kritisch die Frage stellen, warum sie im Vergleich zu den Landtagswahlen nur etwa die Hälfte ihrer Wähler mobilisieren konnte, obwohl 88 % der Wahlberechtigten Landrat Ihrke ihre Stimme versagt haben. Vielleicht hätte man die Kommunalpolitik von Herrn Ihrke in der Öffentlichkeit rechtzeitig schon Monate vor der Wahl kritischer aufarbeiten sollen, nachdem das offensichtlich für einen großen Teil der Wähler Anlaß war, der Wahl fernzubleiben. Stoff für eine sachliche und kritische Öffentlichkeitsarbeit wäre wohl genügend vorhanden gewesen.



Leider waren die Monate vor der Direktwahl weitgehend durch eine Sprachlosigkeit gekennzeichnet, wo es Funktionäre des Kreisvorstandes – angefangen beim Vorsitzenden – oder auch Abgeordneten im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung versäumt haben, kritisch und konstruktiv in der Öffentlichkeit aufzutreten. Das hätte zum Beispiel in der örtlichen Presse durch Interviews, Pressemittei-

lungen oder auch Leserbriefe geschehen können. Bilder der Kandidatin oder auch Postwurfsendungen kurz vor der Wahl können eine solche rechtzeitige Öffentlichkeitsarbeit nicht ersetzen. Nach meiner Meinung ist im Wahlkampf auch eine ungenügende Abgrenzung der Linkspartei von den anderen Parteien – die sich bekanntlich alle für Ihrke ausgesprochen haben – deutlich geworden. Das war nach meiner Meinung auch die Ursache dafür, daß nicht nur ehemalige Wähler der Linkspartei nicht zur Wahl gegangen sind, sondern daß der Kandidat der BVB/Freie Wähler auf Anhieb ein beachtliches Ergebnis erzielt hat. Diese ungenügende Abgrenzung der Linkspartei gegenüber den anderen Parteien hat es dem dritten Kandidat ermöglicht, frontal gegen alle Parteien zu argumentieren, was auch sicher der Linkspartei ehemalige Wähler gekostet hat. Im Gegensatz zu der Schönfärberei der SPD ist wenigstens die Analyse der Linkspartei ehrlich und realistisch. Die Linken geben zu, daß sie nicht überzeugen konnten. Es bleibt zu hoffen, daß daraus auch grundsätzliche Schlußfolgerungen für die künftige Öffentlichkeitsarbeit gezogen werden.

Falsch ist nicht die Direktwahl des Landrates und auch Wählerschelte ist nicht angebracht. Vielmehr ist eine ehrliche und transparente Kommunalpolitik die wirkliche Voraussetzung dafür, künftig die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger auch bei der Wahlbeteiligung zu verstärken. Dafür sollte Herr Ihrke den Mut haben, im Interesse eines Neubeginns auf eine erneute Kandidatur zu verzichten, auch wenn ihm sicher der Verlust der Macht und die damit verbundenen lukrativen Funktionen beispielsweise im Aufsichtsrat der Gesundheitsholding oder im Verwaltungsrat der Sparkasse nicht leicht fallen.

Dr. HELMUT KOCH

»Aufgabenkritik ist Verwaltungsaufgabe«

Eberswalde (bbp). In einem Schreiben an die Eberswalder Stadtfractionen kritisiert Veronika Brodmann, Sachkundige Einwohnerin im Ausschuß für Kultur und Soziales, die Ausgabe von 10.000 Euro für eine externe Beraterfirma, die für »eine große Bürgerbeteiligung in der Diskussion zur Aufgabenkritik« sorgen sollte. Darin äußert sie grundsätzliche Zweifel, daß eine Verwaltung effizienter werde, wenn Außenstehende Aufgabenkritik leisten. Vielmehr sei es Aufgabe der »gut bezahlten Leiter in der Stadtverwaltung«, ihre Mitarbeiter persönlich einzuschätzen, um heraus zu finden, wo Aufgaben nicht effektiv genug bearbeitet werden und wo es Einsparungsmöglichkeiten gibt. Sie ist der Überzeugung, daß es wie in allen Verwaltungen auch in der Stadtverwaltung Stellen gebe, auf denen »nicht wirklich engagiert arbeitende Mitar-

beiter sitzen«. Zugleich komme auf die Engagierten infolge des Personalabbaus immer mehr Arbeit zu, die jene auch tun, »weil sie die Arbeit sehen«. Fest stehe, »daß jeder Amts- oder Sachgebietsleiter nur mit engagiert arbeitenden Mitarbeitern auch gute Arbeit vorweisen kann, daß aber auch Mitarbeiter nur von wirklich guten Leitern motiviert werden können.« Fest stehe auch, daß mit Verwaltungsbeschäftigte, »die schon Jahrzehnte in der Stadtverwaltung sitzen aber keine gute Arbeit leisten«, nicht so einfach umgegangen kann, wie es in der »freien Wirtschaft« praktiziert wird. Dennoch sollte es Leitern, »die wirklich ehrlich die Arbeit in den Vordergrund stellen«, gelingen, ihre Leute zu motivieren und auch zu analysieren, »ob die Mitarbeiter in der Lage sind, die an sie gestellten Anforderungen auch tatsächlich gut zu erfüllen«. Sei das nicht

der Fall, müßten sie eine Tätigkeit zugewiesen bekommen, die ihren Fähigkeiten entspricht. Selbstredend müsse dann auch die Vergütungsgruppe angepaßt werden. »Das tut dem einzelnen sicher weh«, räumt Veronika Brodmann ein, »aber es sind unsere Steuergelder, aus denen sie bezahlt werden«. Die zur Effektivierung der Arbeit der Stadtverwaltung notwendige differenzierte Einschätzung der Mitarbeiter können nicht die Stadtverordneten leisten. Das ist Aufgabe der leitenden Verwaltungsmitarbeiter selbst.

Veronika Brodmann regt zudem an, sich in den Verwaltungen jener Städte umzusehen, »die gut und bürgernah funktionieren« und mit denen man in einen Erfahrungsaustausch treten könnte. Auch zu den Eberswalder Partnerstädten sollten entsprechende Kontakte aufgenommen werden.

Kreisverwaltung Barnim:

Fragwürdige Personalpolitik

Die Leiterin des Jugendamtes Barnim, Sabine Grochla, wird nach ihrer Probezeit nicht weiter beschäftigt. Das konnte man Ende des letzten Monats aus der MOZ erfahren. Noch im September 2009 wurde die Juristin von der Jugend- und Sozialdezernentin Silvia Ulonska als Wunschkandidatin gefeiert und vorgeschlagen. Zuvor war der Chefessel des Jugendamtes mehrere Monate vakant gewesen. Doch jetzt hat sich Frau Ulonska offensichtlich mit ihr überworfen. Sie ist damit bereits die Zweite, die nach kurzer Zeit gehen muß.

Nicht alle Informationen über Sabine Grochla, die zuvor als Hauptamtsleiterin in der Gemeindeverwaltung Stahnsdorf (Kreis Potsdam Mittelmark) beschäftigt war, sind vollständig bekannt gegeben worden. Nach Informationen der Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 8. April 2008 wurde sie im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung der Gemeindevertretung Stahnsdorf vom Dienst »freigestellt«. Denn seit längerem soll es Klagen von Bürgern über Grochlas Auftreten gegeben haben. So haben sich Elternvertreter über einen oftmals unangemessenen Ton der Hauptamtsleiterin beschwert. Kritik kam auch von Gemeindevertretern, die von Bürgermeister Gerhard Enser (CDU) Disziplinarmaßnahmen forderten. Der Druck sei gewachsen – so einige Gemeindevertreter – nachdem Grochla auch fachliche Mängel vorgeworfen worden waren.

Nach meinen Informationen bedeutete diese »Freistellung« ganz konkret eine »Suspension vom Dienst«. Damit lagen also offensichtlich die besten beruflichen Voraussetzungen vor, um beim Landkreis Barnim neu anzufangen... Und nun meldete sich auch noch die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses des Kreistages Barnim, Sabine Schmalz, zu Wort. Sie zeigte sich wenig überrascht, weil Frau Grochla an-

geblich »einfach keine Erfahrungen im Jugendbereich« aufwies. Doch gerade der Jugendhilfeausschuß war es, der im Herbst seinen Segen zur Einstellung von Sabine Grochla gab. Einstimmig. Der Kreisausschuß tat es ihm anschließend gleich.

Ich fasse mal zusammen und analysiere: Für die Besetzung der Leitung des Jugendamtes hat sich Dezernentin Silvia Ulonska seinerzeit für eine Bewerberin stark gemacht, die offensichtlich nicht über ausreichende fachliche Qualifikationen verfügt und zudem eine nicht gerade rühmliche dienstliche Vergangenheit vorzuweisen hatte.

Da frage ich mich: Nach welchen Kriterien werden in der Kreisverwaltung Barnim Bewerberinnen und Bewerber für Stellenbesetzungen ausgewählt? Schlafen die Fachausschüsse, die wichtige Kontrollfunktionen innehaben? Der berufliche Werdegang von Frau Grochla und ihre fehlende Ausbildung im Jugendbereich war doch bereits vor ihrer Einstellung bekannt! Vor diesem Hintergrund müßte Frau Ulonska aus dieser Angelegenheit persönlich dienstliche Konsequenzen ziehen.

Asche auf die Häupter sollten sich die zuständigen Mitglieder der beiden Ausschüsse streuen. Und die Verantwortung »am langen Ende« trägt immer der Chef, in diesem Fall Ex-Landrat Bodo Ihrke!

Nun ist Wachsamkeit von der medialen Öffentlichkeit gefordert, daß die nächste Kandidatin/ der nächste Kandidat für das Amt den notwendigen fachlichen Anspruch mitbringt und frei von einer dubiosen beruflichen Vergangenheit ist. Dies gilt besonders, wenn – nach Auskunft des amtierenden Landrats Bockhardt – im dritten Anlauf eine interne Stellenbesetzung angestrebt werden soll.

Dr. ANDREAS STEINER

Individualvereinbarung contra Tarifvertrag

Gewerkschaftsmitglieder bei der MOZ Redaktion fordern Tarifverhandlungen

Die in den Gewerkschaften ver.di und DJV organisierten Redaktionsmitglieder der Märkischen Oder-Zeitung (MOZ) haben die Geschäftsführung zu Haustarifverhandlungen aufgefordert. Auf einer Versammlung, die am 10. Februar in Fürstenwalde stattfand, verabschiedeten sie eine entsprechende Resolution.

Die Gewerkschaftsmitglieder reagierten damit auf die Aufforderung der Geschäftsführung der MOZ Redaktion GmbH, die dort über 100 Beschäftigten sollten in individuellen Erklärungen auf Urlaubstage, Urlaubsgeld und Zahlungen des Arbeitgebers in die Altersversorgung beim Versorgungswerk der Presse verzichten. Die Forderung beider Gewerkschaften, Änderungen der gültigen Arbeitsverträge den Angestellten nicht individuell aufzuzwingen, sondern kollektiv in einem Tarifvertrag

auszuhandeln, hatte Geschäftsführer Dr. Bodo Almert am 28. Januar 2010 abgelehnt. Die Diskussion werde man »mit den Beschäftigten und dem Betriebsrat betriebsintern führen«. Die Gewerkschaften weisen demgegenüber darauf hin, daß der Betriebsrat nach den geltenden Gesetzen keine Verhandlungen über die Höhe und Bedingungen von Gehältern führen kann.

Zum 1. April 2009 war die Redaktion der MOZ in einem sog. Teilbetriebsübergang an eine externe MOZ Redaktion GmbH ausgelagert worden. Diese macht rechtlich unter bestimmten Bedingungen eine Verschlechterung der Arbeitsverträge nach einer Wartefrist von einem Jahr möglich. Diese Frist läuft am 31. März 2010 ab.

ANDREAS KÖHN, stellv. Landesbezirksleiter ver.di Berlin-Brandenburg

Gewerkschaftsverbot bestätigt:

Kampf für Koalitionsfreiheit

Berlin (fau/bbp). Das Landesarbeitsgericht Berlin bestätigte am 16. Februar das Boykottverbot für die FAU Berlin (Freie ArbeiterInnen Union) im Kino Babylon Mitte. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte der Kinobetreiber das Verbot per einstweiliger Verfügung erwirkt. Nun wurde es in zweiter Instanz bestätigt. Der Boykottaufruf war Teil eines Arbeitskampfes, den die FAU Berlin mit einem großen Teil der Beschäftigten seit einem Jahr im Kino Babylon führt. Ziel war eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung durch einen Haustarif.

Richter Dr. Rancke begründete seine Entscheidung damit, daß die FAU Berlin keinen Arbeitskampf führen dürfe, weil sie keine tariffähige Gewerkschaft sei. Um diesen Status zu erlangen, müsse sie erst Tarifverträge abgeschlossen haben oder ihre Tariffähigkeit gerichtlich feststellen lassen. »Seine Tariffähigkeit erst einklagen zu müssen, um gewerkschaftlich aktiv werden zu können, ist für uns schwerlich mit dem Grundgesetz zu vereinbaren«, so Lars Röhm, Sekretär der FAU Berlin. Das Gericht führte hingegen aus, daß das deutsche Recht, anders als in den meisten anderen Ländern »kleine schlagfertige Gewerkschaften« nicht vorsehe.

Der Fall der FAU Berlin stößt inzwischen auf großes öffentliches Interesse. So mußte der Prozeß am Landesarbeitsgericht aufgrund des Publikumsandrangs in einen größeren Saal verlegt werden. Kurz zuvor veröffentlichten GewerkschafterInnen und BürgerrechtlerInnen einen Appell, in dem die Verteidigung des Koalitionsrechts und die Aufhebung des Verbots gewerkschaftlicher Betätigung für die FAU Berlin gefordert wird.

Am 20. Februar fand in Berlin zum Abschluß der »Berlinaline« eine Demonstration für Gewerkschaftsfreiheit statt, die vom Berlinalpalast zum Kino Babylon Mitte führte. Daran beteiligten sich rund 600 Menschen. Um ihre Solidarität mit der FAU auszudrücken, schlossen sich Mitglieder verschiedener sozialer Bewegungen an, wie die Northeast Antifa, Mitglieder des Emmily-Bündnisses oder des Komitees für Gewerkschaftsfreiheit.

Dr. Renate Hürtgen vom Komitee für Gewerkschaftsfreiheit wies in ihrer Rede darauf hin, daß mehr als die Hälfte der Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern verboten wären, wenn dort die deutsche Rechtsprechung angewendet würde. »Dieser Angriff auf die Koalitionsfreiheit betrifft alle ArbeitnehmerInnen. Wir sind zufrieden, daß die Debatte um die Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland mittlerweile breite Kreise erreicht hat. Für uns ist dies erst der Anfang eines Konfliktes, der die Grundsätze des hiesigen Arbeitsrechts betrifft und den wir bis zum Ende führen werden«, sagte Lars Röhm.

Zum Gewerkschaftsverbot: <http://www.fau.org/verbot>
Appell des Komitees: <http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/fausoli.pdf>

Behindertenverband Kreis Eberswalde:

20 Jahre jung

»Guten-Morgen-Eberswalde« bot uns die Plattform, unseren 20. Geburtstag am 23. Januar 2010 in einem großen, öffentlichen Rahmen zu feiern. Die dafür notwendigen organisatorischen Belange im Kreishaus lagen bei Frau Jäger, Behindertenbeauftragte des Landkreises, und Frau Ehler mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den besten Händen. Der »Guten-Morgen-Eberswalde-Erfinder« Udo Muszynski stellte sein Netzwerk zur Verfügung und sorgte gemeinsam mit seinem versierten Techniker für den guten Ton.

Für die kulturelle Umrahmung konnten wir die Tanzgruppe der Lebenshilfe »Mobil«, den Swing-Go-Pop-Chor »Parents & Friends« aus Seelow und das Rollstuhltanzpaar Ingeborg Kolodzeika und Kerstin Radicke gewinnen. Diese Darbietungen hatten hohes Niveau und bereiteten allen Freude.

Einige Selbsthilfegruppen gewährten mit Informationsständen Einblicke in ihr reges Gruppenleben. Die Privatbäckerei Wiese sorgte für Kaffee und Gebäck. Mit der Hälfte der Einnahmen unterstützt sie die Arbeit des Behindertenverbandes.

Ein weiterer Höhepunkt war die Überreichung des BARNI mit unserem Logo durch Herrn Materne, Barni GmbH, und Frau Wegner-Repke, Stern-Apotheke. Herr Reygers, Neue Apotheke, als zweiter Sponsor konnte leider nicht persönlich teilnehmen.

Der Stellenwert unseres Verbandes wurde auch durch die Anwesenheit des Landrates und des Eberswalder Bürgermeisters und deren Glückwünsche betont. Die Gegenwart weiterer führender Politiker und Parlamentarier der Stadt und des Landkreises macht uns zuversichtlich, daß wir gemeinsam Lösungen zum Wohle aller Bürger finden und in 20 Jahren nur noch Lobeshymnen singen.

Allen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben einschließlich der Medien, sagen wir ein GANZ HERZLICHES DANKE!

Wie schön wäre es, wenn behinderte Menschen in der Presse, bei Politikern und Mitmenschen so präsent wären und wahrgenommen würden, wie in den letzten Wochen!

Wir wünschen uns, daß wir weiter mit Respekt, offenen Herzen und Köpfen für ein niveauvolles Miteinander eintreten.

MARGIT LAUTERBACH

Berichtigung:

Der Autor des Beitrages »Zwanzig Jahre und kein bißchen leiser« (BBP 2/2010, Seite 8) ist KLAUS MORGENSTERN. Irrtümlicherweise hatte die Redaktion Karl-Heinz Lauterbach als Autoren genannt. Wir bitten die beiden und unsere Leserinnen und Leser vielmals um Entschuldigung.

Redaktion der »Barnimer Bürgerpost«

EU – die schöne neue Welt:

Raus mit den Pigs. Ist Arroganz heilbar?

Mit der Konjunktur sieht es weiterhin mau aus; wenigstens erlebt ein Wort an der Börse eine Hausse: Pigs. Das heißt auf englisch Schweine. Nein, die Schweineproduktion floriert nicht, jedenfalls nicht im direkten Sinne, höchstens im übertragenen.

Im »launigen« Slang der Jobber an der Frankfurter Börse steht PIGS für Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien. Jene von der Krise besonders hart betroffenen und derzeit mit hohen Haushaltsdefiziten kämpfenden Länder an der EU-Peripherie also. Der Defizite halber schäumen EU-Ökonomen, Regierungen der reichen »Kernländer« und ihre Medien. Vor allem Griechenland wird aufs Korn genommen. In der Sendung »Redezeit« vom 16.2. ließen Leon Stebe (RBB-Inforadio) und sein Gesprächspartner Wolf Klinz in Tatgemeinschaft die neoliberale Sau heraus. Klinz, gebürtiger Wiener, verteidigt für die FDP im Europaparlament (EP) »deutsche und europäische Wirtschaftsinteressen«. Wessen bitte? Ach ja: »Nach mehreren Jahren in der Automobilindustrie arbeitete ich für die Unternehmensberatungsfirma Mc Kinsay & Company Inc. mehr als elf Jahre.« Dann folgten »mehr als zwanzig Jahre ... als Vorstand und Geschäftsführer europäischer Großkonzerne«. 1990/94 im Vorstand der Treuhand Berlin »zwischen Wirtschaft und Politik«, ferner Vorstand der Fachkammer Unternehmenspolitik der EU-Kommission, derzeit in den EP-Ausschüssen für Recht und für Wirtschaft u. Währung. (www.wolf-klinz.de/lebenslauf). Alles klar, nun kennt man sich doch. Für Klinz sind die Griechen korrupt (schön, wenn das ein FDP-Mann sagt), sie »ruinieren unseren Euro« (unseren!), haben sich durch Fälschung ihrer Wirtschaftsdaten »den EU-Beitritt erschlichen« und dann »weiter getrixt«. Das mit den falschen Statistiken »wußten wir nicht ... erst ein

paar Jahre später«. Nun haben die Griechen »die drakonischen Maßnahmen, die erforderlich sind, um wieder auf den Pfad der Tugend zurückzukommen (wirklich, er sagte »Pfad der Tugend«; R.R.), durchzuführen – und wir (also nicht wir, sondern die Brüsseler Kommission; R.R.) erzwingen von Griechenland, daß wir Kontrollmöglichkeiten haben«. Diesen Souveränitätsverlust müßten sie hinnehmen, um in der EU und der Euro-Zone zu bleiben. Also, der deutsche DM-Nationalismus ist zum Euro-Chauvinismus mutiert. Wenn das kein Fortschritt ist: Vom Ich zum Wir!

RBB-Inforadio blieb am Ball. Am Folgetag befragte Irina Grabowski den Emeritus Prof. Starbatty in »Redezeit« (ehem. Volkswirtschaftler an der Uni Tübingen, seinerzeit Kläger gegen die Euro-Einführung). Er sieht je eine Gruppe ökonomisch starker und schwacher Länder in der EU. Ausschluß letzterer wäre für ihn die bessere Lösung gewesen für eine »Gemeinschaft der Stabilität«. (www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/interview).

Aber, Herr Professor – vergessen? Die Reichen brauchten doch den Markt, außerdem ging es im Kalten Krieg darum, den Einfluß der Kommunisten auszuschalten... Die gibt es ja – leider – in Griechenland immer noch. Was machen wir aber hier mit unseren Pigs? Na, Schweine schlachtet man irgendwann. Herr Westerwelle wetzt ja schon die Messer.

Nach dem »Hilfs«-(besser: Rüstungs-)Gipfel der EU zu Griechenland antworteten die Gewerkschaften schon mit einem Generalstreik (in der BRD fragt man sich, was ist das denn?). Wenn die EU-Vormünder kommen, könnten sie in Athen mit Steinen und Flaschen empfangen werden. Beides ist ja (auch) in Griechenland rasch zur Hand.

ROLF RICHTER

Gutes Geld für ein schlechtes System

Heftig gestritten wurde, ob der Staat mittels Kauf gestohlener Daten Geschäfte mit Dieben machen soll. Diese Daten sollen sich auf Steuerstraftäter beziehen. Als die BRD-Regierung dann beschloß zu zahlen, lockte das Nachahmungstäter an. Zwangsläufig entstehen zwei Fragen: Gibt es die oft gebetsmühlenartig gepredigte Datensicherheit? Antwort ist nein.

Wichtiger erscheint der zweite Aspekt. Der BRD-Bürger wird gezwungen, einen nicht unerheblichen Teil seiner privaten Konsumausgaben für seine eigene Überwachung und Bespitzelung auszugeben. Dabei werden z.B. seine Telefongespräche und Internetverbindungen gespeichert, anhand von Kundenkarten werden Einkaufsgewohnheiten erforscht, die Aufenthaltsorte seines privaten PKW werden fotografiert, Banküberweisungen werden ausgewertet oder das Finanzamt fragt Kontostände ab. Für einige dieser Spitzelleistungen

kassiert der Staat auch noch Mehrwertsteuer. Hinzu kommen noch die Sozialversicherungs- und die einheitlichen Steuernummer. Mit Hunden läuft übrigens der Tierversuch alle Objekte mit einem Identifikationschip zu versehen. Angeblich sollen alle diese Maßnahmen den Bürger vor Kriminalität schützen.

Trotz dieser kostenaufwendigen Bespitzelung gibt es unerkannte Steuerstraftäter, weil dieses Spitzelsystem der BRD nicht funktioniert. Vielleicht mangelt es an Fachleuten für die Mustererkennung in großen Datenmengen. Im Ernstfall kauft der Staat von Verbrechern die bereits ausgewerteten Informationen. Bis jetzt sind in diesem fehlerhaften System einige Täter geschont worden. Nicht ausgeschlossen werden kann, das unschuldige Bürger zum Täter gemacht werden. Dann werden die Ideen aus Alfred Hitchcocks Filmen Realität.

U. MÜLLER

Verantwortung und Ethik in der Politik

von Dr. Siegfried Adler

Zur Beurteilung von Verantwortung und Ethik in der Politik ist der Begriff Politik der zu besprechende Hauptgedanke. In der Geistesgeschichte seit Aristoteles gibt es bis heute viele Erklärungs- und Darstellungsweisen dieses Begriffes – positiv und auch negativ zu Bewertende. Ich trete ein für eine positive Darstellung als Methode der Lebensgestaltung von menschlichen Gemeinwesen nach dem Gesichtspunkt bzw. der Frage: Was ist der Mensch im Rahmen des Seins – also im Rahmen unserer Welt insgesamt. Er hat eine Besonderheit: Er kann denken, daß er denkt.

Diese Fähigkeit bewirkte seit seiner Entstehung alle geistigen und materiellen Entwicklungen auf unserer Erde. Das Funktionsvermögen des menschlichen Gehirns schaffte Denkstrukturen auch im Zusammenhang mit natürlichen Umweltbedingungen, die etwa zur Entwicklung von Religionen, Großartigem in Kunst, Wissenschaft und Technik führten und immer weiter entwickelt werden.

Mit allen diesen Faktoren ist der Mensch ein Sozialwesen. Er braucht zu seiner Existenz von der ersten Lebensstunde an die Leistungen einer Vielzahl anderer Menschen (Nahrung, Kleidung, Wohnung etc.). Notgedrungen ist eine Ordnung erforderlich, die mit dem Begriff Politik gestaltet wird. Unser heutiges Wissen über die Genstrukturen beinhaltet u.a. die Einmaligkeit jedes einzelnen Menschen – mit anderen Worten besteht eine Einzigartigkeit jedes Menschen von seiner ersten Lebensstunde an. Als es auf den Entbindungsabteilungen noch sogenannte Kinderzimmer gab, konnte man individuelle Verhaltensweisen der Kinder bemerken und bei Kenntnis der Eltern Zuordnungen finden. Ich möchte dies bewerten als individuellen Willen bzw. als Ausdruck von Freiheitswillen jedes einzelnen Kindes mit dem Ziel Wohlbefinden zu erhalten.

Zwischen den Begriffen Sozialwesen und Freiheitswillen muß man ein mehr oder weniger großes Spannungsfeld sehen, das Regulationen herausfordert. Die schon genannte Denkfähigkeit der Menschen führte zum Begriff der Ethik. Darunter versteht man die Gesamtheit sittlicher und moralischer Grundsätze. Im Brockhaus-Lexikon findet man unter diesem Begriff eine Abhandlung von mehreren Seiten.

Dargestellt werden 3 Problemfelder: 1. die Frage nach dem höchsten Gut. 2. die Frage nach dem sittlichen Handeln und 3. die Frage der Freiheit des Willens. Diese 3 Fragen ent-

halten für mich die Antworten und damit die Aufgaben für die Ethik in der Politik.

Zur ersten Frage heißt die Antwort: Das Leben in der Gesamtheit unserer Welt – also Leben von Menschheit, Tier- und Pflanzenwelt, ausgedrückt etwa auch mit dem Ethikpostulat des Tropenarztes und Philosophen Albert Schweizers: Ich bin Leben inmitten von Leben, das auch leben will.

Die Frage 2 enthält sehr viele Aufgaben der Politik, gerichtet an die unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen. Gesellschaftliche Bedingungen zu gestalten, derart, daß, wer Fähigkeiten hat, Arbeitsplätze und damit Grundlagen für die Lebensgestaltung anderer Menschen zu schaffen, dies auch tun muß innerhalb der Gesellschaft seines Lebensraumes. Die Verlegung von Arbeitsplätzen in andere Länder, nur um bei billigeren Arbeitskräften höhere Eigenprofite zu erzielen, sollte als Verstoß der in unserem Land seit dem 2. Weltkrieg gepriesenen sozialen Marktwirtschaft geächtet werden. Beispiele lassen sich hier viele anführen wie etwa Gewinnverlagerungen ins Ausland zur Umgehung der Steuerpflicht im eigenen Land. Nahezu alle Weltreligionen enthalten Regeln zum sittlichen Handeln im Zusammenhang mit der Aussage zum Sinn des Lebens, Die Religionen in unserem Land (Christentum, Judentum, Islam) haben gleiche Wurzeln im biblischen Abraham und sind auf ein Leben nach dem Tod ausgerichtet. Von Bedeutung für unser weltliches Leben sind die zehn Gebote des Alten Testaments (2. Moses 20, 2-17) und für den christlichen Bereich zusätzlich die Bergpredigt im Neuen Testament (Math. 5-7). Sie haben offensichtlich für die heutige praktische Politik nur eine eingeschränkte Bedeutung. Seit der Kulturepoche der Aufklärung vom Ende des 17. Jahrhunderts gilt die Vernunft als einzige befähigte Instanz über Wahrheit und Falschheit von Erkenntnis-

sen zu entscheiden im Gegensatz zu metaphysischen Postulaten. Realen Bezug für jegliches Handeln sollte als ethische Grundlage für die Politik der Kategorische Imperativ des für mich größten Philosophen Immanuel Kant sein. Die Regel ist sehr einfach und für jeden denkenden Menschen leicht nachvollziehbar: »Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne«. Diesen Satz kann man auch so formulieren: Ich will nicht übervorteilt werden, ich will nicht betrogen werden, ich will nicht verletzt oder getötet werden, ich will nicht beleidigt werden, also darf ich all dieses anderen auch nicht antun.

Die 3. Frage nach der Freiheit des Willens gibt der Politik die Aufgabe, Bevormundungen außerhalb von Bereichen zum Schutz von Leben und Gesundheit oder Zerstörung der Natur zu vermeiden. Freie Willensentscheidungen sind Zündstoff und Motor für Innovationen und Leistungssteigerungen. Freie Willensentscheidung des Einzelnen bedeutet im Zusammenhang mit verantwortlicher Vernunft und unseren ethischen Postulaten nach Kant das Gegenteil von Ellenbogenfreiheit und hat immer das Ziel, Wohlbefinden für das gesamte menschliche Gemeinwesen zu bewirken. Danach sollte man Ansichten und Leistungen von Politikern und politischen Gruppierungen bewerten.

Die Geschichte hat für mich bewiesen, daß Sozialismus nach Marx und Engels mit Stalin, Pieck, Ulbricht und Honecker infolge mangelnder Freiheit im hier dargestellten Sinne zum Bankrott führte. Eine Politik für Menschen mit Fähigkeiten für Innovationen und Leistungen mit Schaffung von Arbeitsplätzen und Ressourcen zur Lebensgestaltung behinderter Menschen kann keine Klientelpolitik sein, sondern Politik für die Gesamtheit der Menschen.

50 Prozent aller Treibhausgase

Einige Informationen für den Fall, daß U. Müller, der Autor des Beitrages »CO₂-Steuer auf Rindfleisch« (BBP 2/2010, Seite 11), für einen Moment den Blick von Steak und Fleischer Illu abwenden kann:

Seriösen Instituten zufolge verursacht die Massentierhaltung – speziell die Rinderhaltung – über 50 % aller Treibhausgase, also viel, viel mehr als alle Autos auf der Welt zusammen (Süddeutsche Zeitung, Internetausgabe, vom 10.01.2010). 53 Milliarden (!) Tiere werden jedes Jahr geschlachtet, um den vermeintlichen

Fleischhunger der Menschen zu befriedigen. Die vielleicht mächtigste Lobby der Erde sorgt weltweit dafür, daß das Thema nicht seinem Rang entsprechend diskutiert wird.

U. Müller sollte sich, bevor die Aussagen anderer als »geistige Blähungen« bezichtigt werden, mit seriösen Informationen versorgen, sonst müssen seine Fleischlobby-gesteuerten Ausführungen als eben dieses übel riechende Produkt eingestuft werden.

GEORG LOHMANN

Amtsleiter eingespart

Eberswalde (bbp). Als einen »Baustein zur Haushaltskonsolidierung« bezeichnete die Pressestelle der Stadtverwaltung Eberswalde die zum 1. April 2010 geplante Zusammenlegung des städtischen Bürgeramtes mit dem Ordnungsamt. Bürgeramtsleiter Helmut Herold scheidet altersbedingt aus. Auf eine Neubesetzung der Amtsleiterstelle will Bürgermeister Friedhelm Boginski aus Kostengründen verzichten. Mit der Leitung des neuen Bürger- und Ordnungsamtes soll Uwe Birk, der bereits das Ordnungsamt leitet, betraut werden.

Brasilianischer Regenwald und Wölfe in Biesenthal

Die Ökofilmtour im Kulturbahnhof Biesenthal

»Film ab...« heißt es zum fünften Mal im Kulturbahnhof in Biesenthal. Im Rahmen der Ökofilmtour werden vom 26. Februar bis zum 19. März Filme im Kulturbahnhof Biesenthal gezeigt. Im Anschluß an die Filme vertiefen Fachkundige das Thema. Eingeladen sind Journalisten, Ornithologen, Wolfsbetreuer, Landwirte und Mitarbeiter des Forstbotanischen Gartens Eberswalde.

Auftakt des Filmfestivals am 26. Februar um 19 Uhr ist der Film »Birdwatcher«, der die Geschichte eines jungen Schamanen vom Stamm der Guarani-Kaiowa Indianer erzählt. Im Anschluß erzählt die Journalistin Hannelore Gilsenbach vom Verein Bund für Naturvölker von ihrer Arbeit und lädt zum Gespräch ein.

Am Samstag, den 27. Februar folgt der Film »Kluge Pflanze«. Vorgestellt werden Strategien und Fähigkeiten von Pflanzen. Im Anschluß berichtet der Referent Andreas Richter vom Forstbotanischen Garten Eberswalde über das ausgeklügelte System einheimischer Flora.

Eine Woche später folgt am Freitag, den 5. März der Film »Der Bauer, der das Gras wachsen hört«, eine amüsante Erzählung von einem Bauer aus dem Bayrischen Wald. Er bewirtschaftet seit mehr als 20 Jahren ökologisch kargsten Boden mit hohen Erträgen. Was er so alles erlebt, erzählt er mit Leib und Seele. Danach erzählt Ralph Behrens aus Leuenberg, was ein Brandenburger Ökobauer hört und sieht.

Am Samstag, den 6. März wird »Das Rätsel der Zugvögel« erforscht. Einige Rotkehlchen z.B. sind Zugvögel, andere Rotkehlchen reisen gar nicht. Wie geht das? Und was hat das mit dem Klimawandel zu tun. Im Anschluß stellt die Ornithologin Susanne Arbeiter ihre Arbeit mit Zugvögeln vor. Dem Segenrohrsänger ist

sie einmal bis in sein Winterquartier im Senegal nachgereist.

Am gleichen Tag sehen wir »Die Rückkehr der Wölfe«, die sich seit 160 Jahren wieder in Deutschland ansiedeln. Sie leben vor allem in den neuen Bundesländern, in Sachsen aber auch in Brandenburg. Antje Kayser, eine ehrenamtliche Wolfsbetreuerin für die Region Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming stellt ihre Arbeit im Anschluß vor. Sie erklärt, wann die Wölfe nach Biesenthal kommen.

Am Freitag, den 19. März wird der Dokumentarfilm »Gekaufte Wahrheit – Wissenschaft im Magnetfeld des Geldes« gezeigt. Darin geht es um die Verflechtungen von Wissenschaft und Industrie in der Agrogentechnik. Zum regionalen Austausch nach dem Film laden Landwirte der Initiative »Gentechnikanbaufreie Region südlicher Barnim« ein.

Die Filme beginnen um 19 Uhr und kosten 3 Euro, ermäßigt 1,50 Euro. Sie finden im Kulturbahnhof Biesenthal in der Bahnhofstraße 89a statt.

MALEA CAROLINE BIRKE

Übersicht:

26.2., 19 Uhr: »Birdwatcher« mit Hannelore Gilsenbach, Bund für Naturvölker

27.2., 19 Uhr: »Kluge Pflanzen« mit Andreas Richter, Forstbotanischer Garten Eberswalde

5.3., 19 Uhr: »Der Bauer, der das Gras wachsen hört« mit Ralph Behrend, Ökolandwirt aus Leuenberg

6.3., 19 Uhr: »Das Rätsel der Zugvögel« mit Susanne Arbeiter, Ornithologin und »Die Rückkehr der Wölfe« mit Antje Kayser, Wolfsbetreuerin in Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming

19.3., 19 Uhr »Gekaufte Wahrheit - Wissenschaft im Magnetfeld des Geldes« mit der Initiative »Gentechnikanbaufreie Region südlicher Barnim«

Solarpark Weesow

Werneuchen (bbp). Auf insgesamt 225 Hektar soll in Werneuchen, zwischen den Ortsteilen Weesow und Willmersdorf, ein Solarpark entstehen. Die Werneuchener Stadtverordneten beschlossen im Dezember einen entsprechenden Bebauungsplan. Inzwischen formiert sich der Widerstand. Neben der Nähe zum Naturschutzgebiet »Weesower Luch« ist es vor allem die Zweckentfremdung von Ackerland und der befürchtete Verlust von Naherholungsflächen, die einer Bürgerinitiative gegen den Solarpark steigenden Zulauf beschert. Auf der Internetseite der »Bürgerinitiative Energiepark Weesow« sind offene Fragen zusammengetragen worden:

»Was hat Werneuchen eigentlich davon? Entstehen hier z.B. Arbeitsplätze? Gibt es einen wirtschaftlichen Vorteil für die Stadt und seine Einwohner? Was wird aus dem Tourismuskonzept, das sich gerade als zartes Pflänzchen entwickelt?«

Für den 18. März hat die Werneuchener Stadtverwaltung zu einer Informationsveran-

staltung eingeladen. Unterstützung für das Projekt signalisierte bereits die Stadtfraktion von CDU und FDP: »Die umwelt- und naturverträgliche Umsetzung dieses Projektes war von Anfang an Grundlage unserer Entscheidungen«, erklärt Mathias Wiegand, CDU/FDP-Fraktionsvorsitzender und Ortsvorsteher Ortsteiles Willmersdorf. Aus Sicht der CDU/FDP werde es sogar »erhebliche Aufwertungen im Bereich des NSG Weesower Luch geben«. Der Schwenk von fossiler und atomarer Energie hin zur Produktion von Strom aus Sonne, Wind und Wasser vor Ort sei ein wichtiges Anliegen.

Vertreter des Kreisverbandes von Bündnis90/Die Grünen wollen nach Informationen des Barnim-Blogs (www.bar-blog.de) vor einer Positionierung eine geführte Ortsbesichtigung absolvieren. Nach Möglichkeit werde auch Cornelia Behm, Sprecherin für ländliche Entwicklung und Waldpolitik der Bundestagsfraktion, daran teilnehmen.

Große Mogelpackung

Null-Emissionsstrategie des Landkreises

Null-Emissionsstrategie heißt das Federkleid aus vermeintlichem Klimaschutz und Nachhaltigkeit, mit dem sich der Landkreis Barnim gern schmückt. Doch tatsächlich ist die Initiative Erneuer:BAR eine politisch motivierte Medienkampagne. Eine große Mogelpackung, voll mit Lippenbekenntnissen und unausgegrenzten, die einer seriösen wissenschaftlichen Bilanzierung und Bewertung nicht Stand hält.

Wenige – ohne Frage begrüßenswerte – technologische Projekte, die wegen ihrer geringen Dimensionierung jedoch von untergeordneter Relevanz für den Klimaschutz sind, werden hervorgehoben, während man Schattenseiten einfach ausblendet.

Zwei Beispiele: Da gibt es ein vom Landkreis Barnim tatkräftig unterstütztes, überdimensioniertes Holzkraftwerk Eberswalde, welches tonnenweise Kohlendioxid in die Luft bläst und von der Energieausnutzung auf dem Niveau einer Dampfmaschine liegt. Für den riesigen Appetit dieser Anlage werden heimische Wälder, die am effektivsten Treibhausgase binden können, übernutzt und wertvolle Rohstoffe einfach verheizt. Auch müßten sich die Fachorgane der Kreisverwaltung vehement gegen die geplante 380-kV-Freileitung einsetzen, die beim Atomstromtransport enorme Energieverluste mit sich bringen wird. Stattdessen müßte die Kreisverwaltung vom Betreiber Vattenfall konsequenterweise mit Nachdruck eine Erdverkabelung einfordern. Aber Fehlanzeige!

So werden die Menschen, die hoffen, daß der Landkreis Barnim an den großen ökologischen Stellschrauben drehen wird und diesbezüglich Konzeptionen auf festen Füßen stellt, immer wieder enttäuscht.

Dr. ANDREAS STEINER

Solarpark nicht auf Acker

Der Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE Dr. Michael Luthardt ist gegen die Errichtung eines Solarparks im Ortsteil Seefeld-Löhme der Stadt Werneuchen auf Ackerflächen. »Die vorgesehene Größe und der Standort sprechen eindeutig nicht für dieses Vorhaben«, sagt Dr. Luthardt. »Gegen die Erzeugung von Energie aus Solarkraft ist nichts einzuwenden – jedoch sollten dafür keine landwirtschaftlichen Nutzflächen und Schutzgebiete genutzt werden. Es gibt im Landkreis Barnim genug Brachen sowie belastete Flächen wie ehemalige Militärraue oder Deponien.«

Nach Angaben der Kreisverwaltung Barnim sind allein in den vergangenen zehn Jahren jährlich durchschnittlich 250 Hektar aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgenommen worden. Damit hat sich die landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker und Grünland) im Landkreis Barnim in diesem Zeitraum von ca. 50.600 ha auf rd. 48.025 ha verringert.

CINDY PANZER

Tilly Die Zeit. Niederlage der frühbürgerlichen Revolution des 16. Jh. in Deutschland. Die Volksreformation geriet in die Hände der Fürsten, die sich große ehemals geistliche Gebiete aneigneten. Die jesuitischen Reformen stärkten die alte Kirche wieder. Der Vormarsch der Gegenreformation begann. »Das Zeitalter war eisern, und es war fromm und glaubenseifrig« (Rill) – und mörderisch intolerant.

Herkunft. Sohn eines spanienfeindlichen, vom Herzog von Alba enteigneten und vertriebenen wallonischen Adligen in Brabant. Mutter veranlaßte streng katholische Erziehung (Jesuiteninternat, Köln).

Laufbahn. Ab 1576 in spanischem Sold gegen die abtrünnigen Niederlande. Zeitweise französischer, erstmals Kommando im kaiserlich-habsburgischen Dienst gegen Siebenbürgen und Türken. 1610 reorganisierte Tilly das bayrisch-ligistische Heer. Als dessen Feldherr zerschlug er 1620/21 den böhmischen Ständeaufstand. Im folgenden dänisch-niedersächsischen Krieg um die Kurpfalz erzwang er – gemeinsam mit Wallenstein – Dänemarks Rückzug aus dem Krieg (Sieg bei Lutter am Barenberge, 1626). Seit 1629 setzte er militärisch das Restitutionsedikt durch (Rekatholisierung der ehemals geistlichen Territorien). »Nicht weniger als zwei Erzbistümer [Magdeburg, Bremen, R.R.] und zwölf Bistümer standen auf der Liste; außer diesen eine unübersehbare Anzahl von Klöstern... Dieses Edikt war ein Donnerschlag für das ganze protestantische Deutschland, schrecklich schon an sich selbst durch das, was es wirklich nahm, schrecklicher noch durch das, was es für die Zukunft befürchten ließ...« (Schiller). Kaiserliche (Wallenstein) und Armeen der Liga (Tilly) besetzten ganz Norddeutschland. Die schrecklichen Kriegslasten brachten die Besatzungsgebiete selbst ohne große Kampfhandlungen an den Rand des Ruins. Tilly praktizierte wie alle Heerführer die Ausraubung der Quartierlandschaften (ständige Finanznot, bewußte Vernichtung feindlicher Ressourcen). Gegen Disziplinbrüche und Ausschreitungen ging er vor. Diese Befehle blieben aber meist folgenlos.

Das gigantische Heer Wallensteins, die grenzenlose Macht des Kaisers, alarmierte die Kurfürsten aller Konfessionen. Sie erzwangen die Entlassung des Generalissimus. Tilly war nun eine Zeitlang oberster katholischer Feldherr – gerade da erschien der Schwedenkönig im Reich (1630). Dem militärischen Können und diplomatischen Geschick Gustav Adolfs, der Disziplin und besseren Taktik der Schweden war Tilly nicht gewachsen. Sein letzter Triumph: Einnahme von Magdeburg, dann katastrophale Niederlage bei Breitenfeld (1631) und tödliche Verwundung nahe Ingolstadt (1632). Als Feldherr der Gegenreformation war T. zeitweise erfolgreich. Der bayrische Herzog Maximilian verdankte ihm beide Pfalzen und die Kurstimme.

Wendepunkt. Die Gier der Konterrevolution. Tillys Abstieg begann mit dem Restitutionsedikt. Es zerbrach das fragile Gleichge-

Erinnerungslücken

Kritische Nachträge zum »Supergedenkjahr« 2009. Teil 3:

Drei Persönlichkeiten aus drei Jahrhunderten sollen näher betrachtet werden. An ihnen können interessante geschichtliche Parallelen beobachtet werden: Feldmarschall Tilly, Kaiser Napoleon I. und J. W. Stalin. Sie gehörten jeweils zu den prägenden Gestalten ihrer Epoche. Sie lebten in Zeiten des Übergangs und der Krisen, geprägt von tiefen ideologisch-politischen Gesellschaftsspaltungen, schweren Kriegen und Verwüstungen, die ungeheure Opfer forderten. In unterschiedlichem Grade trugen sie Verantwortung sowohl für die politischen Entwicklungen als auch für die militärischen Entscheidungen. Tilly, war militärischer Führer der Gegenrevolution, aber kein führender Politiker. Napoleon vereinte militärisches Genie und glänzende politisch-diplomatische Begabung. Stalin war vor allem begabter Politiker, als solcher weit blickender Stratege und geschickter Taktiker, daneben – nach Urteilen vieler Fachleute – kein unbegabter Militär. Als führende Persönlichkeiten ihrer Staaten, Koalitionen, Parteien polarisierten sie das Urteil ihrer Mit- und Nachwelt. Das Schillerzitat aus »Wallenstein« – »von der Parteien Gunst und Haß verzerrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte« – trifft auf jeden von ihnen zu. Der Historiker hat allerdings Emotionen beiseite zu lassen, sachlich ihre Ziele, Mittel und Möglichkeiten, ihre Erfolge und Mißerfolge zu prüfen, Überhöhungen zu berichtigen, haßvolle Verfälschungen seitens ihrer Gegner in Rechnung zu stellen. Das Urteil über ihre Rolle im Geschichtsprozeß fällt auch heute unterschiedlich aus. Im heutigen Teil geht es um Johann Tserclaes Graf de Tilly (*1559, 450. Geburtstag) und Napoleon(e) B(u)onaparte (*1769, 240. GT).

wicht. Stets verdunkeln Gier und Haß der Gegenrevolution den Blick für ihre Grenzen. Der (unbeabsichtigte) Brand Magdeburgs zerstörte Tillys Reputation als »fairer« Soldat und mobilisierte das gegnerische Lager (eine ganz ähnliche Rolle spielte der Brand von Moskau für Napoleon!). Die Protestanten, aufgeschreckt durch den Untergang Magdeburgs, warfen sich dem »Retter« Gustav Adolf in die Arme.

Tod der Protagonisten. Der politische Weitblick des Rivalen Wallenstein und das Genie des schwedischen Gegners verdunkelten Tillys Ruhm als Feldherr. Er wollte durch »Befriedung« (Unterwerfung) der Gegner den Krieg beenden, Wallenstein – seiner Zeit weit voraus – durch Ausgleich der Gegensätze und kaiserliche Zentralmacht über den Konfessionen. Beides war Illusion. Die drei starben fast gleichzeitig und bedingten ihr Ende gegenseitig. Tillys Tod war die Konsequenz der Niederlage. Gustav Adolf fiel im Kampf mit Wallenstein (der dort selbst den General Pappenheim verlor) in der Lützener Schlacht (1632) als Opfer seines Leichtsinns. Der Tod beider besiegelte den Tod des dritten (1634). Wallenstein schien als Gegengewicht nicht mehr unentbehrlich und als allein Überlebender zu bedrohlich. Der Krieg überlebte sie alle.

Napoleon Herkunft. Geboren am 15. August 1769 in Ajaccio/Korsika. Sohn eines adligen Advokaten.

General der Republik. 1779 Kriegsschule in Brienne. 1784 Offiziersschule Paris. Anfang 1785 (Tod des Vaters) tritt N. als Unterleutnant in die Armee ein. Außerordentliches Gedächtnis, ungeheure Arbeitsfähigkeit, umfangreiche Lektüre (Wissenschaften, Militärwissenschaft, Belletristik). Stellung zur Revolution: er verachtet den König, aber auch die Aufständischen. Nach glänzender Befreiung des britisch besetzten Toulon wird N. Brigadegeneral (Alter: 24). Der Sieg bestimmt seine künftige

Haltung – die Monarchisten hätten ihm nicht verziehen. Am 13. Vendémiaire (5.10.) 1795 schießt er den royalistischen Aufstand in Paris mit Artillerie zusammen. 1796: N. drängt auf einen Krieg in Italien gegen Österreich und Piemont und erhält das Kommando über die vernachlässigte Südarmee, die nur den süddeutschen Hauptkriegsschauplatz entlasten soll. Ausrüstung und Wiederherstellung der Disziplin müssen auf dem Marsch erfolgen. »Erschießungen werden des öfteren notwendig sein« (Bericht Napoleons nach Paris). Sein Feldzug entscheidet den Krieg: »sechs Siege in sechs Tagen«. 28.4. Waffenstillstand mit Piemont. Eroberung von Mantua, Zerschlagung des Kirchenstaates, Vorfrieden von Leoben mit Österreich (N. verhandelt ihn selbst). Besetzung von Venedig, dort deckt N. Verschwörung des Generals Pichegru auf. Das Direktorium unter Barras zerschlägt sie mit Härte (18. Fructidor/4.9.1797).

Militärdiktator. Nach Rückkehr aus Ägypten 1799 putscht sich N. an die Macht (18. Brumaire/9.11.; Diktatur zunächst als Konsul, ab 1804 als Kaiser). Weitere Siege über die feindlichen Feudalstaaten (Marengo 1800, Austerlitz 1805, Jena 1806), moderne Verwaltungs- und Justizreformen sicherten in den verbündeten und annektierten Gebieten Frankreichs dessen Hegemonie und die Dominanz des Großbürgertums. Vor der Auseinandersetzung mit Rußland Kompromiß und zeitweilige Allianz mit Zar Alexander (Erfurt 1808; erster »Hitler-Stalin-Pakt«!). Letztliches Scheitern weniger an strategischen Fehlern, sondern an »Überdehnung« des Imperiums und der Erschöpfung der Hilfsquellen. Zwiespältiges »Erbe«: Unterdrückung des radikalen Flügels einerseits, der Royalisten andererseits sicherte das Überleben der Revolution in Gestalt der Herrschaft der Bourgeoisie und die Basis für ihren Sieg in ganz Europa.

ROLF RICHTER

Wechsel an der Spitze

Vorstandswahlen bei den Barnimer LINKEN

Am 20. Februar versammelten sich 138 der 598 Mitglieder der Partei DIE LINKE.Kreisverband Barnim in der Bernauer Stadthalle, um einen neuen Kreisvorstand zu wählen.

Zunächst hielt der bisherige Kreisvorsitzende Lutz Kupitz Rechenschaft. Mit Blick auf die vergangenen zwei »Wahljahre« konnte er insgesamt eine positive Bilanz ziehen. Noch nie war es in den bisherigen Wahlkämpfen gelungen so viele Mandate zu erringen: 2 Direktmandate für den Bundestag, 3 für den Landtag. Und auch die Kommunalwahlen im Herbst 2008 ließen die LINKE als stärkste politische Kraft im Landkreis Barnim hervorgehen. Zugleich gab er aber auch zu bedenken, daß weder bei der Bernauer Bürgermeisterwahl, noch bei der ersten Direktwahl des Landrates die LINKE offensichtlich mit ihren inhaltlichen und personellen Vorschlägen überzeugen konnte. Jedoch sei auch der Landratskandidat der politischen Kontrahenten, der bisherige Amtsinhaber Bodo Ihrke, durchgefallen.

In diesem Zusammenhang begründete Lutz Kupitz noch einmal, warum sich die Barnimer LINKE nicht an der Ausschreibung des Landratspostens beteiligt. Sein Fazit: »Egal, wer antreten würde – er hätte auf Grund des Kräfteverhältnisses im Kreistag bei der Abstimmung keine Chance«. Im Kreis habe sich ein Block aus SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen gegen die Linke gebildet, wodurch der von den LINKEN vertretene »Barnimer Weg« faktisch unmöglich gemacht werde.

Die letzten zwei Jahre seien nach Ansicht des Kreisvorstandes darüber hinaus auch durch die Herausbildung der neuen vereinigten Partei geprägt gewesen. Allerdings hätten die Wahlkämpfe diesen Prozeß auch beeinträchtigt. So sei die inhaltliche Debatte über Ziele und Ausrichtung der Partei eindeutig zu kurz gekommen. Daher stand dann auch bei der Formulierung der Aufgaben für die kommenden Monate die Vertiefung der Programmdiskussion an erster Stelle, und dies, wie der Referent betonte, »im gegenseitigen Vertrauen«. Veranstaltungen wie die »Biesenthaler Gespräche« müßten stärker genutzt werden, um inhaltliche

Positionen herauszuarbeiten. Auch die Bildungsangebote für Kommunalpolitiker bedürften einer Qualifizierung. Gerade auch vor

dem Hintergrund der Regierungsbeteiligung in Brandenburg bleibe die Verankerung der Linken in der Kommunalpolitik und die Erhöhung deren Wirksamkeit eine vorrangige Aufgabe.

In der sich anschließenden Diskussion wurden zum Teil auch kontroverse Meinungen geäußert. So wurde der Verzicht auf Beteiligung an der Ausschreibung des Landratsamtes als Fehler bezeichnet. Andere Genossen äußerten ihren Unmut über die Personalquerelen in der Bundespartei. Auch gab es vereinzelte Kritik an den Vorschlägen für die personelle Besetzung des neuen Kreisvorstandes. Letzteres spiegelte sich dann in gewisser Weise beim Wahlmarathon wider. So kam es bei der Wahl der stellvertretenden Kreisvorsitzenden zu einer »Kampf kandidatur«, die Reiner Heenemann knapp zu seinen Gunsten entscheiden konnte. Zur stellv. Kreisvorsitzenden wurde auch Karin Wagner aus Eberswalde gewählt.

Die wichtigste Personalie des Kreisvorstandes wurde jedoch recht einmütig entschieden: Für Sebastian Walter, 19jähriger Student aus Britz bei Eberswalde, stimmten 125 der 137 Wahlberechtigten, 9 versagten ihm ihre Stimme, 3 enthielten sich. Damit, so wurde betont, wurde ein Generationswechsel in der Führung der Barnimer LINKEN eingeleitet. Zum neuen Kreisvorstand gehören ferner Margitta Mächtigt, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Angelika Sperling, Christel Zillmann, Hans-Jürgen Buley, Lutz Kupitz, Christian Rehmer und Thomas Sohn. Ulrika Glanz wurde im Amt der Schatzmeisterin mit überwältigender Mehrheit bestätigt.

WOLFGANG KRAFFCZYK



Sebastian Walter.

»Ein Ort für klare Worte«

FDP-Wahlkreisbüro in Eberswalde

Eberswalde (fdp/bbp). Nach 15-jähriger außerparlamentarischer Opposition gelang FDP Brandenburg im September 2009 mit einer siebenköpfigen Fraktion der Wiedereinzug in den Landtag Brandenburg. Mit Gregor Beyer ist auch ein Freidemokrat aus Eberswalde im Landesparlament präsent. Für die Parlamentsarbeit in Potsdam ist es von enormer Bedeutung, die Sorgen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erfahren. Um einen Ort der regelmäßigen Begegnung bieten zu können, eröffnete Gregor Beyer am 15. Februar in der Eisenbahnstraße 12a (Volksbankgebäude) ein Wahlkreisbüro in Eberswalde.

Zur Eröffnung begrüßte der Beyer den Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg, Hans-Peter Goetz, der eine erste Bilanz über »100 Tage liberale Politik im Landtag« bot, sowie den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski. »Mit der Eröffnung des Büros ist es uns möglich, bürgernah zu arbeiten und stets ein offenes Ohr zu haben«, so Beyer. Eine regelmäßige Bürgersprechstunde mit dem Abgeordneten findet künftig jeden Montag von 15 bis 19 Uhr oder nach Vereinbarung statt. Als Mitglied der Ausschüsse für Infrastruktur und Landwirtschaft sowie Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bietet sich der FDP-Abgeordnete den Barnimern als kompetenter Ansprechpartner an.

Im Rahmen der Büroeröffnung äußerte sich Gregor Beyer auch zu den aktuellen Debatten auf Bundesebene. »Auch in meinem Bürgerbüro wird eine deutliche Sprache gesprochen werden die jeder versteht – hier werden alle Bürger, egal welcher Herkunft, jederzeit Unterstützung und Hilfe für ihre Anliegen finden, aber keine leeren und unfinanzierbaren Versprechungen einer vermeintlich besseren Welt«, so der Abgeordnete.

Volles Haus

Eberswalde (cp). Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber und der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt, beide DIE LINKE eröffneten am 5. Februar offiziell ihr gemeinsames Wahlkreisbüro in der Breiten Straße 46 in Eberswalde. Künftig wird Sabine Stüber jeden Mittwoch in der Zeit von 10 bis 18 Uhr einen Bürgersprechtag im Wahlkreisbüro abhalten. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages nimmt ihre Mitarbeiterin, Cindy Panzer, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger entgegen. Auch der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt hat ein neues Angebot für die Bürgerinnen und Bürger in seinem Wahlkreis. Ab dem 1. März wird sein »Bürgermobil« in den Ortschaften des Wahlkreises 15 zwischen dem Amt Britz-Chorin-Oderberg, über Ahrensfelde-Blumberg bis in die Gemeinde Wandlitz unterwegs sein. Den genauen Tourenplan finden Sie auch auf der Homepage www.michael-luthardt.de.

Grüne Jugend im Barnim im Aufbau

Eberswalde/Zepernick (grüne). Unterstützt von den Barnimer Bündnisgrünen und dem Landesverband Brandenburg der GRÜNEN JUGEND sind Barnimer Jugendliche derzeit dabei, eine grüne Jugendorganisation im Landkreis aufzubauen. »Die guten Ergebnisse von Bündnis 90/Die Grünen bei den U18-Wahlen im September und Nachfragen von jungen Leuten haben uns gezeigt, daß es einen Bedarf gibt. Das hat uns ermutigt, zusammen mit dem Vorstand des Brandenburgischen Landesverbandes der Grünen Jugend den Aufbau von Basis- und Ortsverbänden

zu unterstützen.« erklärte der stellvertretende Kreissprecher der Barnimer Bündnisgrünen, Thomas Dyhr. Nach einem ersten Gründungstreffen Anfang Januar traf sich die Eberswalder Grüne Jugend am 27. Januar im Restaurant Matisse in der Steinstraße in Eberswalde. Die Gründungsversammlung der Grünen Jugend Niederbarnim fand am 6. Februar im Gemeinschaftshaus des Barnimer Jugendwerkes in der Mommsenstraße 11 in Zepernick statt.

Der Bundesverband der Grünen Jugend wurde 1994 gegründet.

Wege zum Internet mit DSL

Anstrengungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Breitband-Internet werden im Landkreis Barnim an allen unterversorgten Ecken und auf allen möglichen Wegen unternommen.

Vorreiter auf dem Weg, weiße Flecken mit den Fördermittelprogrammen des Landes Brandenburg zu schließen, ist die Gemeinde Wandlitz. Hier ist das für die Beantragung einer 90-prozentigen Förderung nötige Auswahlverfahren für die Ortsteile Prenden und Zerpenschleuse abgeschlossen. Den Zuschlag bekam ein Funkanbieter, mit dem die Gemeinde den Förderantrag gestellt hat. Auch für die Lücken im Netz von Klosterfelde wird um eine Lösung gerungen.

Auf den Weg zu einer Lösung mit Fördermitteln haben sich auch das Amt Britz-Chorin-Oderberg, das Amt Joachimsthal und das Amt Biesenthal-Barnim für ihre Ortsteile begeben. Die Stadt Werneuchen und das Amt Biesenthal-Barnim sind zudem ausgewählte Orte des Landes für eine Richtfunkpilotlösung auf Basis der so genannten »Digitalen Dividende«, bei der frei gewordene Fernsehfrequenzen für das schnelle Internet genutzt werden sollen.

Gute Aussichten, 2010 sogar per Kabel versorgt zu werden, haben die Ortsteile der Gemeinde Schorfheide. Hier wurden bereits im Vorjahr erste Vereinbarungen mit der Telekom geschlossen. Neue Angebote liegen der Gemeindevertretung jetzt vor. In Lichterfelde haben die Arbeiten bereits begonnen, werden jetzt allerdings vom Frost behindert. Dort sollten im Frühjahr die ersten Kunden ins Netz gehen können. In Eberswalde haben die Clara-Zetkin-Siedlung, Tornow und Sommerfelde Aussicht, ebenso versorgt zu werden.

Die Ahrensfelder Ortsteile Mehrow und Blumberg hätten nun seit fast einem Jahr Breitband-Internet über eine Funklösung haben können. Der Anbieter stand bereit, die Bürger wollten diese Lösung jedoch nicht. Aus rund 180 Absichtserklärungen resultierten am Ende nicht einmal 30 Verträge.

»Es steht außer Frage, daß eine Versorgung mit leistungsfähigem Internet heute bereits so selbstverständlich sein sollte wie die Versorgung mit Wasser und Strom«, sagt Rüdiger Thunemann, der Breitbandbeauftragte des Landkreises. »Leider sind die technischen Gegebenheiten im ländlichen Raum oft sehr schwierig, so daß kein Anbieter eine wirtschaftlich tragbare Versorgung hinbekommt«, erklärt er. »Deshalb ist es richtig, den Weg über die Fördermittel zu gehen«, lobt Thunemann die Ämter und Gemeinden. Die WITO Barnim GmbH steht den Kommunen und auch den Anbietern auf dem freien Markt bei allen Fragen zur Breitband-Versorgung im Barnim zur Seite.

MARIANNE SCHLESTEIN,
Landkreis Barnim Pressestelle

„Durchblick in Eberswalde“

Fotoausstellung der Eberswalder Hobbyfotografin Dr. WALTRAUD VOIGT noch bis 17. März.
Eberswalde Rathausfoyer, 2. Etage

Ist Bernau künftig noch flüssig?

Bernau (bm). Die Finanzlage der Stadt Bernau und die Auswirkungen der Steuersenkungspolitik der Bundesregierung auf den Kommunalhaushalt der Stadt war im Februar Thema einer öffentlichen Fraktionsitzung der LINKEN in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung. Die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann begrüßte dazu den Bernauer Bürgermeister Hubert Handke (CDU) und den Finanzdezernenten Ralf-Peter Hennig. Die Stadtverordneten bewegte die Fragen: Können wir uns künftig die gewohnten sozialen Leistungen noch leisten? Oder wird es Abstriche geben müssen, um den noch ausgeglichenen Haushalt der Stadt zu sichern? Kommunale Selbstverwaltung setzt einen soliden Haushalt voraus, unterstrich der haushaltspolitische Sprecher der LINKEN, Joachim Ronnger.

Finanzdezernent Hennig nahm kein Blatt vor den Mund und erklärte, Bernau lebe seiner Meinung nach seit 2009 über seine Verhältnisse. Er beklagte, daß die Stadtverordneten mit dem Haushalt 2010 beschlossen haben, 10 Mio. Euro aus den Rücklagen der Stadt für Investitionen auszugeben. Das sahen die Stadtverordneten anders, werden doch mit diesen Mitteln und den Zuschüssen aus dem Kon-

junkturpaket II Schulen und Kindergärten saniert bzw. neu gebaut wie z.B. in Schönow. Das sei eine politisch gewollte, soziale Entscheidung. Hennig warnte allerdings davor, daß mit dem Aufbrauchen der Rücklagen solche Entscheidungen in Zukunft nicht mehr zu finanzieren seien. Denn Bernau sei zwar nicht überschuldet, aber auch keine reiche Stadt. Die Steuereinnahmen stagnieren und 70 Prozent der Haushaltsmittel kämen als Zuweisungen von Land und Kreis. Wenn diese Zuweisungen künftig zurückgefahren würden, müsse man sparsamer mit den finanziellen Mitteln umgehen. Schließlich könne auch er nicht aus Stroh Geld spinnen. Er machte aber auch deutlich, daß Bernau die Ganztagsbetreuung in zehn Kindertagesstätten anbiete. Davon würden westdeutsche Kommunen nur träumen.

Um die Einnahmen der Stadt zu verbessern, müsse man die Gewerbe- und Wohnstandorte besser vermarkten, die Ansiedlung stärken, war man sich schließlich einig. Mit diesen Pfunden solle die Stadt besser wuchern. Die Anwerbung von Investoren und die Förderung der ansässigen Wirtschaft solle Chefsache sein.

Da hatte der Bürgermeister den Saal aber bereits verlassen.

»Privatisierung« der Bernauer Stadthalle

Bernauer Grüne fordern Gründung einer städtischen Immobiliengesellschaft

Der Vorstand des Regionalverbandes Niederbarnim Bü90/Die Grünen fordert die Stadt Bernau auf, die Stadthalle nicht in das Vermögen der stadt-eigenen WOBABU zu überführen, sondern aus Gründen der Kostentransparenz und Kostenersparnis und zur Vermeidung der Belastung der Mieter der WoBau unverzüglich direkt einer neu zu gründenden städtischen Immobiliengesellschaft zu übertragen. Alle städtischen Immobilien, vom Rathaus über die Museen bis zu den Kindergärten und Schulen sollten in diese Gesellschaft überführt werden.

Die Gesellschaft soll dann den städtischen Bedarfsträgern die für deren Zweck erforderlichen Immobilien zur Verfügung stellen und konkrete Kosten deckende Rechnungsbeträge

als deren Bedarf ausweisen. Die Gründung einer solchen Gesellschaft führt zu direkt und unmittelbar abzubildenden und ablesbaren Kosten im Bereich der Verwaltung aller städtischen Immobilien und ermöglicht es durch den Einsatz kompetenten Personals aus dem Bereich der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, alle kommunalen Immobilien wirtschaftlich zu verwalten.

Die Geschäftsführung einer solchen Gesellschaft könnte – analog dem Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem Abwasserverband und den Stadtwerken – einer städtischen Gesellschaft im Wege der Geschäftsbesorgung übertragen werden.

KLAUS LABOD

Ein Sommer, den ihr nie vergeßt

Ein Sommer, den ihr nie vergeßt – das ist unser Motto. Wir möchten mit euch die schönste Zeit des Jahres verbringen. In unserem Feriencamp wird euch garantiert nicht langweilig:

Tolle Ausflüge mit dem Fahrrad haben wir geplant. Lagerfeuer und Grillabende mit Knüppelteig und Gruselgeschichten erwarten euch. Der wunderschöne Parsteiner See lädt zum Baden ein und bei Sport- und Spielturniere könnt ihr euch so richtig auspowern. Zur Stärkung haben wir unsere eigene Camp-Küche dabei, hierbei sind natürlich auch eure Künste gefragt. Berg-, Neptun- und Abschlussfeste machen diesen Sommer zu einem einmaligen Er-

lebnis. Bastel- und Spielideen haben wir natürlich auch in unserem Gepäck. Geschlafen wird in 2-Personen-Zelten. Und ganz wichtig: relaxen und chillen kommen nicht zu kurz.

1. Durchgang: 10.07. - 24.07.10, 10 - 14 Jahre
2. Durchgang: 25.07. - 08.08.10, 13 - 16 Jahre
Mitglieder: 210 Euro, sonst 240 Euro

Wenn ihr mögt, dann schaut auch mal auf unsere neue Webseite, hier findet ihr auch viele weitere Freizeitangebote von uns: www.naturfreundejugend-brandenburg.de

GRIT GEHRAU

NaturFreundejugend Brandenburg e.V.
Schulstr. 9, 14482 Potsdam, Tel. 0331/58 13 220
mail@naturfreundejugend-brandenburg.de

Spanische Lieder als Zugabe

Sängerin Aurora Lacasa zu Gast bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann«

Nicht nur »Offene Worte« gab es im brechend vollen »Treff 23« in Bernau am letzten Januarsonntag. Dagmar Enkelmann hatte die Sängerin Aurora Lacasa zu Gast. Als besondere Zugabe trug Lacasa a capella – also ohne instrumentale Begleitung – zwei spanische Lieder vor. Eines stammte, wie sie erzählte, vom spanischen Dramatiker und Dichter Federico Garcia Lorca, den Lacasa sehr verehrt. Lorca war 1936, im Alter von 38 Jahren, von rechten Nationalisten wegen seiner unbeugsamen Haltung für die spanische Volksrepublik ermordet worden.

Von Anfang an hatte das Publikum im Treff 23 die Lacasa ins Herz geschlossen. Die Sängerin, die nach wie vor spanische Staatsbürgerin ist, spannt problemlos den Bogen von Werten wie Bescheidenheit, Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit in Kunst und Politik hin zu Anekdoten über Bühnenpannen oder spanische Weihnachtsskuchen, bei denen der »Glückliche«, der die im Kuchen versteckte Münze findet, das Backwerk dann auch bezahlen darf. Als wirklich ungeplante Überraschung brachte ihre ehemalige Sportlehrerin Fotos der einstigen Schulklasse Lacasas aus Berlin-Pankow vorbei.

Daß sie einmal als Sängerin auf der Bühne stehen würde, war Aurora Lacasa keineswegs in die Wiege gelegt. Als Tochter spanischer Eltern in Paris geboren, zog die Familie nach Budapest. Dort arbeitete der politisch stets engagierte Vater als Vertreter der Weltjugendbewegung, bis die Ereignisse von 1956 die Familie nach wochenlanger Ungewissheit zwangen, in die DDR zu fliehen. Dort lernte Aurora Lacasa mit Deutsch die nächste Sprache. Heute spricht sie immer noch französisch und spanisch, nur das Ungarische sei mittlerweile verloren gegangen, erzählte sie.



In der DDR machte Lacasa dann ihr Abitur mit der Zugabe Maschinenbau, arbeitete richtig im Blaumann in den Hallen von Bergmann-Borsig, bis sie besser Gewinde schneiden und feilen konnte als manch ihrer männlichen Kollegen, wie sie nicht ohne Stolz berichtete. Ihre handwerkliche Leidenschaft habe sich bis heute gehalten, sie möge den Umgang mit Traktoren und Bohrmaschinen, sagte sie.

Ein Zeitlang arbeitete sie als Sprachtalent dann in der DDR als Dolmetscherin. Über mehrere Ecken ergab sich schließlich ein Vorsingen beim damaligen »Oktoberklub« – ihre Bühnenkarriere begann. Der unbedingte Ehrgeiz, ein »Star« zu werden, war Lacasa aber nicht gegeben. Den »Oktoberklub« verließ sie nach einigen Jahren, als sie spürte, daß es nicht mehr allein um Kunst, sondern um Fortkommen, Protektion und Karriere ging. Dann folgten einige Jahre als Schlagersternchen in der DDR, die Lacasa heute eher aus ihrer künstlerischen Biografie streichen würde. »Da hätte ich öfter Nein sagen müssen«, bekennt sie heute. Zu ihrem größten Schlagerhit »Wandervogel« hat sie heute ein mehr ambivalentes Verhältnis.

Wieder per Zufall wurde Lacasa schließlich vom DDR-Superstar Frank Schöbel für dessen Bühnenshow engagiert – und verliebte sich »bis über beide Ohren« in Schöbel. Der Rest der Geschichte ist schon Legende geworden: Die Ehe mit Schöbel, die Familie mit zwei sangesbegabten Töchtern, die bekannte und die 1985 erschienene und mit zwei Millionen Exemplaren meistverkaufte DDR-Schallplatte »Weihnachten in Familie«. Bei der Arbeit daran mußten sie, schilderte Lacasa, durchsetzen, die religiösen Texte in Originalfassung zu singen. 1993 gab es dazu noch eine Fernsehshow, bei der, wie Lacasa sich erinnerte, eine besondere Atmosphäre herrschte. Während sie die Bühne nach ihren Vorstellungen schmückte, hatten viele Mitarbeiter des Senders bereits »Blaue Briefe« in der Tasche.

Nach der Trennung von Schöbel sei sie, bekannte Lacasa, in ein tiefes Loch gefallen, aus dem ihr Töchter und Freunde herausgeholfen hatten. Erst Ende der 90er Jahre konnte sie wieder künstlerisch tätig sein – und ist inzwischen wieder so erfolgreich, daß sie 2010 ab dem Frühjahr auf eine ausgedehnte Konzerttournee gehen wird.

BÄRBEL MIERAU

Lebensmitteldiscounter bleibt (voraussichtlich)

Eberswalde (bbp). Die Verhandlungen zum Verbleib des Lebensmitteldiscounters Netto im Brandenburgischen Viertel und zur Ausweitung der Verkaufsfläche im Einkaufszentrum »Heidewald« scheinen einen positiven Ausgang zu nehmen. Gegenwärtig sei man in der Phase der bautechnischen Vertragsgestaltung, verlautete es seitens der Verhandlungsführer.

Netto wird voraussichtlich Mitte des Jahres die Fläche des früheren MEMA-Marktes übernehmen. Ortsvorsteher Carsten Zinn erhielt am 18. Februar vom Geschäftsbereichsleiter Vermietung des EKZ »Heidewald« Sascha Thiem zudem die Information, daß für die verbleibende Restfläche ein Filialist aus dem Bereich »Nonfood« gebunden werden konnte.

»Hautnah«

Frank Schöbel & Band mit Tochter Dominique Lacasa am 7. März in Eberswalde

Am Vorabend des Frauentags werden Frank Schöbel & Band mit Tochter Dominique Lacasa in der Stadthalle Hufeisenfabrik in Eberswalde gastieren.

Das Publikum darf sich auf ein Feuerwerk der großen Hits von »Franky-Boy« freuen.

Anläßlich dieses kulturellen »Großereignisses« in Eberswalde verlosen wir unter den Leserinnen und Lesern der Barnimer Bürgerpost jeweils 2 Exemplare seiner Autobiographie »Frank und frei«, seiner CD »Egal was passiert« sowie des aktuellen Tourneeposters. Die Fanpakete hat der Veranstalter MB-Konzerte (www.mb-konzerte.de) zur Verfügung gestellt.



Einsendungen bis 7. März 2010 an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde oder per eMail an redaktion@barnimer-buergerpost.de.

Das Konzert mit Frank Schöbel und Dominique Lacasa am 7. März beginnt um 18 Uhr. Die Karten zum Preis von 27 Euro (zzgl. Vorverkaufsgebühren) sind hier erhältlich: Tourismuszentrum Familiengarten, Stadtinformation, Medien- und Kreativeck oder telefonisch 03334/384910.

Wanderungen

28. Februar 2010, Sonntag, Durch das Zietheener Seebruch, 8 km Rundwanderung. Mit Wanderleiter Hartmut Lindner geht die Wanderung durch einen Teil des Zietheener Seebruchs und die Endmoränen Landschaft. In Schmargendorf Besichtigung der restaurierten Kirche. Kaffeepause in der dortigen Gaststätte. Dann Besichtigung vom Bauernhof und Molkerei Hemme-Milch (www.um-hemme-milch.de). Rückkehr zum Treffpunkt spätestens gegen 17.30 Uhr.

Treff: 13.30 Uhr, Klein-Ziethen, Parkplatz Gemein-dehaus. Erw. 2 Euro, Kinder und NaturFr. 50 Ct.

7. März 2010, Sonntag. Die Geschichte des Oderbruchs. Das heutige Landschaftsbild des Oderbruchs wurde durch die Begradigung der Oder im 18. Jahrhundert geprägt. Dr. Reinhard Schmook, Leiter des Oderlandmuseums, wird durch die wechselvolle und interessante Vergangenheit dieser geschichtsträchtigen Region durch das Oderlandmuseum führen. Danach findet eine Führung durch die über 700 Jahre alte Nikolaikirche statt.

Treff: 13:15 Uhr, Marktplatz Tröpfelbrunnen, Uchtenhagenstr. 3, 16259 Bad Freienwalde. Erwachsene 4,50 Euro, NaturFreunde 3 Euro.

BERND MÜLLER

Bauerntag zum Informieren und Diskutieren

Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft bleibt sowohl in der Wissenschaft, auf politischer Ebene als auch bei den Landwirten ein stark umstrittenes und kontrovers diskutiertes Thema. Dabei tritt vor allem bei der praktischen Anwendung in der Landwirtschaft der wirtschaftliche Aspekt zunehmend in den Vordergrund der Diskussion. Ist der Einsatz von gentechnisch veränderten Sorten eine Notwendigkeit für moderne Betriebe, die sich auf dem Markt behaupten wollen? Oder führt nicht gerade dieser Weg in neue Abhängigkeiten? Die Initiative »Gentechnikambaufreie Region südlicher Barnim« griff diese Fragen am 14. Februar in der Gaststätte »Zur alten Eiche« in Biesenthal auf. Zum Thema »Gentechnik und Patente in der Landwirtschaft – Weg in den Fortschritt oder Sackgasse in neue Abhängigkeiten«

berichteten verschiedene Fachleute aus dem Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung sowie landwirtschaftliche Interessenvertreter von ihren Erfahrungen. Helmut Peters, konventioneller Landwirt aus Mecklenburg, schilderte beispielsweise seine eigenen Erfahrungen mit einem Freisetzungsversuch von gentechnisch verändertem Raps. Der Geschäftsführer der Stralsunder Brauerei, Markus Berberich, betrachtete die Frage der Gentechnik aus der Perspektive der Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten und Georg Jansen, Bundesgeschäftsführer der bäuerlichen Arbeitsgemeinschaft, nahm u.a. das Thema der Patente und Wirtschaftlichkeit genauer unter die Lupe.

ANDREA KÜNNEMANN,
Lokale Agenda 21 Biesenthal e. V.

Musikalisch-Literarisches mit »Fagott virtuos«

Eberswalde (prest-ew). Die Reihe »Das KLEINE Konzert« findet 2010 ihre Fortsetzung und das wiederum im Rathaus der Stadt Eberswalde. Zu Gast ist am Freitag, den 19. März, um 17 Uhr, Jörn Behrsing. Er präsentiert einen musikalisch-literarischen Streifzug durch die Jahrzehnte.

Höhepunkte sind neben der Rezitation des Gedichtzyklus »Die dreizehn Monate« von Erich Kästner virtuose Life-Fagottstücke – einem nicht alltäglichen Musikinstrument. Jörn Behrsing spielt innerhalb des Zyklus Komposi-

tionen von Manfred Schmitz. Begleitet wird er von seinem Classic-Elektronik-Studio.

Das Kulturamt lädt recht herzlich zum ersten KLEINEN Konzert in diesem Jahr ein. Eintritt: 10 Euro. Vorbestellungen nimmt ab sofort die Tourist-Info in der Adler-Apotheke entgegen: Tel. 03334- 64 520.

Vorzumerken wäre der 16. April 2010, ebenfalls 17 Uhr, am gleichen Ort. An diesem Tag gastiert Jörn Behrsing mit seinem neuen Solo-Programm »Anna« - Prosa zwischen Pop und Klassik in Eberswalde.

Gedenkveranstaltung am 6.4. Flugzeugunglück 1966

Wie in der BBP 10/2009 informiert, sollte zum 44. Jahrestag des Flugzeugunglücks ein Freundschaftstreffen mit der Fliegerwitwe Galina Kapustina stattfinden. In der Zeit vom 5. bis 11. April waren eine Reihe von Veranstaltungen geplant. Am 6. April, dem Tag des Absturzes, wollten wir gemeinsam mit ihr mit einer Kranzniederlegung am Ehrenmal auf dem Eberswalder Garnisonsfriedhof an die sowjetischen Piloten Boris Wladimirowitsch Kapustin und Juri Nikolajewitsch Janow erinnern. Leider kann Galina Kapustina, nun auch schon 75-jährig, auf ärztliches Anraten die lange Reise aus Rostow nach Eberswalde nicht antreten.

Wir wissen: Boris und Jurij steuerten das Flugzeug über Berlin-Spandau in den Stößen-see, um keine zivile Opfer beklagen zu müssen. Wieviel Courage und Charakterstärke gehörten dazu, sich nicht mit dem Schleudersitz zu retten, sondern die Maschine mit letzter Kraft in den menschenleeren See zu steuern und dabei das eigene Leben zu opfern. Diese Großtat soll nicht vergessen werden!

Wir, die Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft (BFG) und Sympathisanten, treffen uns am 6. April um 10 Uhr auf dem Garnisonsfriedhof in der Heermühler Straße, um in feierlicher Form der mutigen Flieger zu gedenken. Mit Bildern versehen, werden wir Galina von der Feierstunde brieflich informieren, um zu dokumentieren, daß in Eberswalde, auch nach der schicksalhaften Wende von 1989, derer gedacht wird, die eine solche Ehrung verdienen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG
(im Auftrage des Vorstandes der BFG)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telex: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Bundesarchiv, Krafczyk, Markmann, MB-Konzerte (2), Mierau, Schlestein (2),
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktions-schluß: 20. Februar 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 20.3.2010, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
 Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)